Zeitschrift: Jahrbuch des Unterrichtswesens in der Schweiz
Band: 4/1890 (1892)

Artikel: Allgemeine Volksschule
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-6580

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Art. 7. Die in Art. 6 verzeigten Sammlungen verbleiben ihren bisherigen Eigentümern, dürfen aber so lange, als das schweiz. Landesmuseum besteht, diesem nicht entzogen werden.

Allen übrigen Ausstellern bleibt ihr Eigentums- und freies Verfügungsrecht gewahrt.

Sämtliche Gegenstände werden vor ihrer Vereinigung inventarisirt und mit Eigentumszeichen versehen.

Art. 8. Die Verwaltung des Landesmuseum besorgt, unter Oberaufsicht des Bundesrates, eine Kommission von sieben Mitgliedern, von welchen fünf durch den Bundesrat und zwei durch die betreffende kantonale oder städtische Vollziehungsbehörde gewählt werden.

Unter dieser Kommission steht der Konservator des Museums, welcher auf deren Vorschlag vom Bundesrate gewählt wird.

Die Befugnisse und Obliegenheiten der Kommission und des Konservators werden durch eine bundesrätliche Verordnung festgestellt.

Art. 9. Die Kosten der Verwaltung, Bedienung und Heizung des Museums, sowie der Versicherung der aufgenommenen Gegenstände werden von der Bundeskasse getragen.

Art. 10. Der Sitz des Landesmuseums wird auf einen Bericht des Bundesrates hin von der Bundesversammlung bestimmt.

---

2. 2. **Bundesbeschluss betreffend Veranstaltung einer nationalen Säkularfeier der Gründung der schweiz. Eidgenossenschaft (1. Aug. 1291).** (Vom 20./26. Juni 1890.)

1. Es soll in Erinnerung an den 1. August 1291 zwischen Uri, Schwyz und Unterwalden errichteten ersten ewigen Bund am 1. August 1891 in der schweizerischen Eidgenossenschaft eine Säkulargedenkfeier ihrer Gründung abgehalten werden.

2. Die zentrale Bundesfeier findet in der Urschweiz statt.

Der Bundesrat wird dafür in Verbindung mit den betreffenden Regierungen die angemessenen Anordnungen treffen.

Er erhält hiemit zu diesem Zwecke den notwendigen Kredit.

3. Dieser Beschluss tritt als dringlich sofort in Kraft.

B. Kantonale Gesetze und Verordnungen.

I. Allgemeine Volksschule.

3. 1. **Verfassung des Kantons St. Gallen.** (Vom 30. August 1890.) (Auszug Art. 1--15.)

Aufgaben des Staates.

Art. 1. Der Staat setzt sich zur Aufgabe die Förderung der gesamten Volkswohlfahrt.

Art. 2. Die Aufsicht, Leitung und Hebung des öffentlichen Unterrichts ist Sache des Staates.

Art. 3. Der Kanton sorgt für genügenden Primarunterricht, welcher ausschliesslich unter staatlicher Leitung stehen soll. Derselbe ist obligatorisch und in den öffentlichen Schulen unentgeltlich.

Die öffentlichen Schulen sollen von den Angehörigen aller Bekenntnisse ohne Beeinträchtigung ihrer Glaubens- und Gewissensfreiheit besucht werden können. (Art. 27 B.-V.)

Der Religionsunterricht wird durch die von den betreffenden Konfessionen zu bestellenden Organe erteilt. Es sind für denselben die öffentlichen Schul-

lokale zur Verfügung zu stellen und ist im Schulplane die hiefür geeignete Zeit offen zu lassen.

Die Freiheit des Privatunterrichtes ist unter Vorbehalt gesetzlicher Bestimmungen gewährleistet.

Art. 4. Die oberste Leitung des Erziehungswesens steht beim Regierungsrate; demselben ist ein Erziehungsrat von 11 Mitgliedern untergeordnet, dessen Wahlart durch das Gesetz bestimmt wird.

Art. 5. Die Organisation der Schulgemeinden soll durch die Gesetzgebung näher bestimmt werden. Dieselbe soll, wo immer die örtlichen Verhältnisse es gestatten (soweit erforderlich unter Beiziehung der ökonomischen Mithülfe des Staates), eine Kräftigung der Schulverbände durch Vereinigung kleinerer Schulgemeinden ermöglichen und zum Zwecke der Vereinigung konfessionell organisirter Schulgemeinden die nötigen Bestimmungen treffen.

Inzwischen gelten bezüglich der Vereinigung von Schulgemeinden folgende Bestimmungen:

a. Wenn im Gebiete einer politischen Gemeinde konfessionell organisirte Schulgemeinden bestehen und die Mehrheit der politischen Gemeinde oder die betreffenden Schulgemeinden selbst die Schulvereinigung beschliessen, so ist dieselbe sofort durchzuführen.

b. Die zu einer Gemeindeversammlung einzuberufenden Schulgenossen konstituiren sich als bürgerliche Schulgemeinde und wählen den Schulrat gemäss Art. 75.

c. Der Schulrat verwaltet das Schulgut; die Schulgemeinde und die von ihr ernannten Behörden treten in alle durch das bestehende Erziehungsgesetz und die Schulordnung den Schulgemeinden und dem Schulrate zugewiesenen Verrichtungen ein.

Dem Grossen Rate steht das Recht zu, allzu kleine Schulgemeinden, die in ökonomischer und pädagogischer Beziehung unfähig sind, als Träger des Schulwesens zu funktioniren, unter angemessener Unterstützung durch den Staat mit benachbarten Schulgemeinden zu vereinigen. Über alle Anstände, die sich aus einer solchen Vereinigung ergeben könnten, entscheidet der Grosse Rat.

Art. 6. Der Staat leistet Beiträge an das Primarschulwesen.

Er liefert unentgeltlich die obligatorischen gedruckten Lehrmittel.

Er sorgt für die Beschulung von Kindern, denen wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen der Besuch der Volksschule verschlossen ist, und leistet hiefür geeignete ökonomische Beihülfe.

Er beteiligt sich an der Sorge für die gesönderte Erziehung verwahrloster Kinder.

Er gründet die notwendigen Besserungsanstalten für jugendliche Verbrecher, oder beteiligt sich an der Errichtung oder dem Betriebe solcher.

Art. 7. Der Staat unterstützt das Fortbildungsschulwesen, dessen Organisation das Gesetz näher bestimmt.

Bis zum Erlass dieses Gesetzes kann der Besuch der Fortbildungsschulen von den politischen Gemeinden, eventuell auch von den Schulgemeinden obligatorisch erklärt werden.

Art. 8. Der Staat unterstützt und fördert die bestehenden Sekundarschulen, sowie die Gründung neuer Sekundarschulen.

Art. 9. Der Fortbestand der Kantonsschule und des Lehrerseminars ist gewährleistet; sie werden ausschliesslich aus Staatsmitteln unterhalten.

Art. 10. Um den Besuch der Kantonsschule und des Lehrerseminars armen aber fähigen Schülern zu erleichtern, werden diesen angemessene Stipendien erteilt. Der Staat unterstützt auch die höhere Ausbildung talentvoller, aber unbemittelter Schüler auf Fach- und Hochschulen durch Stipendien.

Art. 11. Die öffentliche Gesundheitspflege bildet einen Zweig der Staatsverwaltung.

Der Staat unterstützt die öffentliche Krankenpflege; er beteiligt sich an der Gründung von Krankenhäusern und deren Betriebe.

Art. 12. Der Staat hat das Recht, unter Mitwirkung der Gemeinden für die Unterbringung von Trinkern in zweckentsprechenden Anstalten zu sorgen.

Er gründet entweder die notwendigen Asyle, oder beteiligt sich an der Errichtung oder dem Betriebe solcher.

Art. 13. Der Staat schützt die Arbeitskraft, insbesondere auch diejenige von Frauen und Kindern, welche in solchen Gewerben und Industrien beschäftigt sind, die nicht der Bundesgesetzgebung unterstehen.

Der Sonntag, sowie die gemeinsamen Feiertage sind als öffentliche Ruhetage gewährleistet.

Art. 14. Das öffentliche Armenwesen ist Sache der Gemeinden nach Massgabe bestehender gesetzlicher Bestimmungen. Es kann hiefür die finanzielle Beihülfe des Staates in Anspruch genommen werden, insbesondere zu möglichst zweckmässiger Versorgung von Waisen, Geisteskranken, Unheilbaren und Altersschwachen.

Art. 15. Zur Hebung der Erwerbsfähigkeit des Volkes fördert und unterstützt der Staat Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe, und zwar im besondern:

a. durch Gründung oder Unterstützung von Fachschulen oder durch Beteiligung an solchen;

b. durch Förderung und Unterstützung des landwirtschaftlichen, industriellen und gewerblichen Genossenschaftswesens; das Gesetz kann solchen Genossenschaften besondere Befugnisse einräumen;

c. durch Förderung der Versicherung gegen Schäden, welche die Landwirtschaft bedrohen, sowie durch Anordnung von Massregeln zur Bekämpfung solcher Schäden.

---

4. 2. **Loi sur la gratuité des fournitures scolaires à l'école publique primaire du canton de Neuchâtel.** (Du 21 mai 1890.) (Art. 115 de la Loi sur l'enseignement primaire du 27 avril 1889.) [1])

Art. 1er. L'Etat fournit aux communes le matériel scolaire qu'elles sont tenues de délivrer gratuitement aux élèves des établissements publics d'instruction primaire.

Les communes remboursent à l'Etat le $^1/_5$ de la dépense totale occasionnée de ce chef.

Art. 2. Ce matériel se divise en matériel de classe et matériel individuel.

Le matériel de classe, qui ne peut sortir de la salle d'école, comprend:

a. les objets nécessaires à l'enseignement Frœbel;

b. les manuels de lecture;

c. les encriers, l'encre, les plumes, les porte-plumes, les crayons, les gommes élastiques, les ardoises, les crayons d'ardoise et les règles;

d. les ciseaux, les aiguilles, les dés, les rubans métriques, ainsi que les fournitures nécessaires à l'enseignement théorique des travaux manuels des jeunes filles: toile, laine, coton et fil.

Le matériel individuel comprend:

a. les manuels de répétition et les atlas inscrits au programme général et adoptés par les commissions scolaires;

b. les cahiers et le papier;

c. tous autres objets de matériel scolaire, soit nouveaux, soit appartenant au matériel de classe, que le Grand Conseil déciderait d'ajouter à la présente liste.

Art. 3. Les communes nomment, sous réserve de la ratification du département de l'Instruction publique un nombre de débitants du matériel en rapport avec l'importance de leur population scolaire. Elles sont responsables du matériel qui a été fourni à ces débitants par les soins du département de l'Instruction publique. Ils reçoivent un tantième fixé par le département sur le produit de leurs ventes.

Un employé spécial attaché au département est chargé du contrôle de ce service.

---

[1]) Jahrbuch 1889, I. Beilage, pag. 19.

Art. 4. Le département de l'Instruction publique nomme tous les trois ans, après avoir entendu la Commission consultative pour l'enseignement primaire, une Commission chargée de préaviser auprès de ce département sur toutes les mesures susceptibles d'améliorer la nature ou la qualité du matériel gratuit, sur le choix et l'adjudication de ce matériel, sur le prix de vente des divers objets et sur le nombre qui doit en être remis chaque année aux élèves. Elle préavise de même sur les conventions avec les auteurs et les éditeurs, ainsi que sur les contrats avec les fournisseurs.

Art. 5. Les élèves n'ont droit qu'à la quantité normale de fournitures scolaires, fixée par le département de l'Instruction publique. Toutes fournitures en sus sont à la charge des parents ou autres personnes responsables. Ces derniers remplacent également à leurs frais tout objet perdu ou détérioré par la faute des élèves.

Les commissions scolaires ont la discipline de ce service.

Art. 6. Le crédit nécessaire pour faire face aux frais d'achat des fournitures scolaires est porté chaque année au budget de l'Etat.

Sont également inscrits au budget de l'Etat les postes suivantes:

Un poste de fr. 2500 au moins pour le traitement de l'employé chargé du service de la gratuité et un second de fr. 500 au moins comme indemnité de séances aux membres de la Commission instituée à l'art. 4 de la présente loi.

Art. 7. Les ressources nécessaires pour couvrir les frais sus-mentionnés sont prélevées sur la part de recette annuelle du monopole de l'alcool attribuée au canton par la Confédération, après déduction du 10 % prévu par la loi fédérale sur le monopole de l'alcool et le prélèvement prévu à l'article 66 de la loi neuchâteloise sur les communes.

Dispositions transitoires.

Art. 8. En raison du travail d'application qu'entrainera la mise en vigueur de la présente loi, celle-ci ne déploiera ses effets qu'à partir du 1er sept. 1890.

---

5. 3. **Décret concernant la gratuité des fournitures scolaires à l'école primaire publique du canton de Vaud.** (Du 19 novembre 1890.) (Art. 21 et 119 de la loi du 9 mai 1889.) [1])

Art. 1er. Les fournitures scolaires courantes, à l'exception de tous les manuels, seront remises gratuitement aux élèves des écoles primaires, à partir du 15 avril 1891.

Art. 2. L'Etat et les communes supportent par parts égales le coût de ces fournitures.

Art. 3. Une somme de 38,000 francs est allouée au budget de 1891 du Département de l'Instruction publique et des Cultes pour faire face à la part de dépense qui incombe de ce chef à l'Etat pour la dite année.

Art. 4. La remise gratuite des manuels devra faire l'objet d'un décret ultérieur.

Art. 5. Le Conseil d'Etat est chargé de l'exécution du présent décret.

---

6. 4. **Règlement pour les écoles primaires du canton de Vaud.** (Du 12 avril 1890.) (Art. 121 de la loi du 9 mai 1889.)

Chapitre premier. (Loi art. 1-13.) *Des écoles et de leur organisation.*

Art. 1er. Deux fois par année, soit en janvier et en juin ou juillet, la Municipalité fait procéder à un recensement des enfants astreints à la fréquentation des écoles.

Ensuite de cette opération, la Commission scolaire établit la liste des enfants qui atteignent l'âge d'admission à l'école ou qui ne remplissent pas leurs

[1]) Jahrbuch 1889, I. Beilage, pag. 7.

obligations scolaires, et avise les intéressés (parents, tuteurs, patrons ou maîtres de pension) du jour de l'entrée en classe.

Art. 2. Lors des recensements scolaires, les parents ou tuteurs sont tenus de justifier que leurs enfants ou pupilles fréquentent l'école publique ou reçoivent une instruction particulière.

Si l'enfant quitte l'école, les parents ou les personnes responsables en informent la Commission scolaire; l'inobservation de cette formalité est punie d'une amende de trois francs prononcée par cette autorité. La Commission avisée fait rentrer l'enfant à l'école publique.

Art. 3. Dans son rapport annuel, la Commission avise le Département de l'Instruction publique et des Cultes du nombre des enfants dont l'instruction se fait en dehors de l'école publique.

Ce rapport indique le nombre de ceux qu'une infirmité empêche de fréquenter l'école.

Art. 4. Lorsque des communes se réunissent pour avoir une seule école, celle-ci doit être tenue par un régent.

Art. 5. Dans les communes et les hameaux ayant une seule école réunissant plus de trente enfants de tous les degrés, celle-ci est dirigée par un régent pourvu d'un brevet definitif.

Art. 6. Lorsqu'une école semi-enfantine comprend plus de trente enfants astreints à la fréquentation, elle est dirigée par une régente pourvue d'un brevet définitif et recevant le traitement légal.

Art. 7. Les classes du soir des centres industriels sont tenues au moins deux heures chaque jour, excepté le samedi. Elles sont gratuites.

Art. 8. L'enseignement des ouvrages du sexe est donné, pendant toute l'année, dans chaque école de filles ou dans chaque classe mixte par la régente, ou par une maîtresse d'ouvrages pourvue du brevet prévu à l'art. 39 lettre *c* de la loi.

Art. 9. Les chefs de famille qui demandent l'ouverture d'une école enfantine, en application de l'art. 13 de la loi, s'adressent à la Municipalité par l'intermédiaire de la Commission.

En cas de refus de l'autorité communale, il y a recours au Département de l'Instruction publique et des Cultes, qui organise cet enseignement aux frais de la commune.

Art. 10. Les écoles enfantines sont dirigées par des personnes pourvues du brevet prévu à l'art. 39 lettre *d* de la loi.

Chapitre II. Objets et méthodes d'enseignement. (Loi art. 14-22.)

Section I. Art. 11. L'enseignement est donné pendant 44 semaines de l'année, à raison de 26 à 31 heures par semaine.

Deux heures par semaine sont, en outre, consacrées à l'enseignement religieux facultatif prévu à l'art. 14 de la loi. Les heures consacrées à l'enseignement professionnel prévu à l'art. 22 de la loi ne rentrent pas dans le nombre des heures indiqué ci-dessus.

Art. 12. L'école primaire comprend trois degrés: le degré inférieur renferme, dans la règle, les enfants de 7 à 9 ans; le degré moyen, ceux de 9 à 12, et le degré supérieur, ceux de 12 à 15 ou 16 ans.

Chaque degré peut être subdivisé en sections.

Art. 13. Les élèves d'une division inférieure peuvent être réunis à ceux d'une division supérieure, lorsque les sujets à traiter le comportent.

Art. 14. Dans les degrés supérieur et moyen, l'enseignement comporte 31 heures; dans le degré inférieur, 26 heures par semaine, non compris l'enseignement religieux.

La durée d'une école ne peut excéder trois heures, à moins d'une autorisation du Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Art. 15. Il n'y a qu'une demi-journée de vacance par semaine, à savoir l'après-midi du samedi; cette demi-journée peut même être consacrée à l'enseignement professionnel.

Art. 16. Dans l'élaboration de l'horaire, les deux heures consacrées à l'enseignement religieux sont placées au commencement ou à la fin de deux matinées ou de deux après-midi.

Art. 17. L'enseignement des catéchumènes est organisé de manière à ne pas priver la classe d'une partie de ses élèves pendant plus de trois heures par semaine. Ces heures sont réparties sur une ou deux demi-journées.

Section II. Manuels et fournitures scolaires.

Art. 18. Lorsque le décret prévu à l'art. 119 de la loi aura été rendu, un appendice au présent règlement organisera l'achat et la livraison des fournitures scolaires.

Le plan d'études détermine les manuels et le matériel employés par les élèves.

Section III. Enseignement professionnel.

Art. 19. L'enseignement professionnel, soit les travaux manuels, comporte: les travaux sur bois, la vannerie, le cartonnage.

Ce programme peut comprendre aussi les éléments des connaissances agricoles, ainsi que d'autres branches dont l'enseignement est justifié par les besoins locaux.

Art. 20. L'enseignement professionnel est donné par l'instituteur. Il peut lui être adjoint un ou plusieurs spécialistes.

Art. 21. Les Commissions scolaires fournissent, avant le 1er mars de chaque année, au Département de l'Instruction publique et des Cultes, un programme de cet enseignement accompagné du devis adopté par la Municipalité.

Art. 22. Après approbation du programme, le Département de l'Instruction publique et des Cultes fixe la quotité du subside alloué par l'Etat. Ce subside est payé après contrôle de la dépense effectivement faite.

Chapitre III. Bâtiments, mobilier et hygiène scolaires. (Loi art. 23-28.)

Section I. Bâtiments d'école.

Art. 23. Le bâtiment d'école doit être construit sur un terrain sec ou asséché par des travaux préalables. Il sera orienté de manière à ce qu'aucune classe ne reçoive du nord la lumière principale.

Art. 24. Les classes à rez-de-chaussée doivent avoir leur plancher plus élevé que le sol extérieur et cela d'au moins 0,60 m. Les classes ne peuvent être installées dans un local qui serait à rez-de-chaussée d'un côté et en sous-sol de l'autre, à moins que le dit local n'ait deux faces complètement dégagées et les autres isolées du terre-plein par des locaux secondaires.

Art. 25. Dans le voisinage immédiat du bâtiment d'école, un préau pour les récréations et un local pour les engins de gymnastique doivent être aménagés. La surface de ce local sera de 3,5 m² pour chaque élève d'une classe, et celle du préau découvert devra être calculée, d'après le nombre total des élèves de toutes les classes du bâtiment d'école, à raison de 5 m² par enfant.

Art. 26. Les rampes d'escaliers donnant accès aux classes doivent avoir une largeur minimum de 1,50 m. La marche aura une largeur de 0,28 m. à 0,32 m. et une hauteur de 0,15 m. à 0,16 m. Les mains-courantes des escaliers suspendus sont pourvues d'arrêts.

Art. 27. Les portes de classe doivent avoir une hauteur minimum de 2,25 m. et une largeur de 1 mètre.

Art. 28. Le vestiaire doit être établi en dehors des salles d'école, soit dans les corridors, soit dans un local spécial.

Art. 29. La hauteur d'une salle ne peut être inférieure à 3,20 m. pour une classe de 50 élèves, sans pouvoir jamais être inférieure à 3 mètres pour un nombre moindre d'écoliers.

La largeur de toute salle qui ne recevrait pas la lumière des deux côtés doit être comprise entre 6,40 m. et 7 m.; la longueur sera:

a. pour une classe de moins de 30 élèves égale à 7,50 m.
b. pour une classe de 30 à 40 élèves égale à 9,30 m.
c. pour „ „ „ 41 à 50 „ „ à 11,10 m.

La salle doit être disposée de telle façon que les élèves reçoivent, en tout cas, la lumière de gauche; l'éclairage peut en outre être donné d'arrière et de droite, mais jamais de face. La tablette de fenêtres de gauche sera à un mètre du plancher et le linteau le plus rapproché possible du plafond, soit à une distance maximum de 0,30 m. en contre-bas.

Si la salle reçoit la lumière des deux côtés, sa largeur peut être augmentée, dans ce cas la surface minimum par élève doit être de 1,50 m².

Les parois des salles seront teintes gris de lin.

Art. 30. La température d'une salle d'école, dans la période du chauffage, ne doit pas être inférieure à 12° C, ni supérieure à 17° C. — Un thermomètre est placée dans chaque classe à un endroit éloigné du poële et à 1,50 m. du plancher.

Art. 31. Les poëles doivent être suffisamment grands pour donner, sans être surchauffés, un bon chauffage de la classe.

Les poëles métalliques sont à double enveloppe et garnis.

Les bascules sont interdites aux tuyaux de sortie de fumée des poëles chauffés à la houille, au coke ou à l'anthracite.

Art. 32. Chaque salle d'école est pourvue de moyens de ventilation.

Art. 33. La salle doit être balayée chaque jour; elle est récurée au moins trois fois par an aux frais de la commune. Le matériel pour le service de propreté est fourni par les communes.

Art. 34. Dans tout bâtiment, il y a des cabinets séparés pour les garçons et pour les filles; leur nombre est d'au moins un par classe et deux par classe mixte. Les cabinets pour garçons ont un urinoir.

Art. 35. Les cabinets et les urinoirs doivent être isolés du reste du bâtiment par une bonne fermeture et pourvus d'appareils de ventilation. Les fosses sont ventilées séparément et construites en maçonnerie de ciment, de manière à être parfaitement étanches et hermétiquement fermées.

Art. 36. Le mobilier doit être approprié à la taille des élèves; à cet effet, il y a dans chaque classe au moins trois grandeurs de tables-bancs. Au commencement de chaque semestre, il est procédé au mesurage des élèves et à la distribution des places. Les écoliers ayant la vue ou l'ouïe défectueuses sont placés près du maître.

Les tableaux noirs, peints en mat, sont placés, autant que possible, dans la paroi faisant face aux élèves et dans l'axe de la classe.

Art. 37. Chaque année, dans le courant de novembre, la classe et les dépendances de l'école sont visitées par un médecin. Son rapport est envoyé par les autorités communales au Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Art. 38. Des plans-types pour les constructions scolaires sont mis par le Département de l'Instruction publique et des Cultes à la disposition des communes intéressées.

Section II. Matériel d'enseignement.

Art. 39. Il y a dans chaque école trois tableaux indiquant: le premier, l'horaire des leçons de la semaine; le deuxième, le programme annuel de chacun des degrés, et le troisième, les principales règles de conduite de l'élève.

Art. 40. Chaque école est pourvue en outre du matériel suivant, assorti au degré qu'elle comporte:

1° Aux moins deux tableaux noirs peints en mat ou deux grandes ardoises avec éponges et craie.
2° Une armoire suffisante pour contenir le matériel d'enseignement.
3° Des tableaux de lecture et des modèles d'écriture.
4° Une collection de modèles de dessin.
5° Un mètre et un ruban métrique.
6° Un tableau des poids et mesures métriques, ou, si possible, les mesures elles-mêmes et une collection de solides géométriques.
7° Un boulier-compteur.
8° Une carte du canton de Vaud, une de la Suisse, une de l'Europe, une mappemonde et, si possible, un globe terrestre.
9° Quelques objets ou collections pour l'enseignement des sciences naturelles.
10° Des livres de lecture, en nombre suffisant, à l'usage de chaque degré.
11° Un onglet destiné aux circulaires.
12° Les autres objets que le Conseil d'Etat pourrait rendre obligatoires.

Art. 41. Le Département de l'Instruction publique et des Cultes facilite aux communes peu aisées l'acquisition de ces objets.

Si, après y avoir été invitées, les communes ne se procurent pas le matériel prévu, celui-ci est fourni par l'Etat à leurs frais.

Art. 42. Il est dressé un inventaire du mobilier et du matériel de chaque classe. Cet inventaire est conservé dans la classe: il est revisé chaque année par la Commission scolaire et à l'occasion de toute mutation dans le personnel enseignant.

Art. 43. Les enfants sont responsables des dégâts qu'ils causent par leur faute ou négligence au mobilier et au matériel d'école. Ils peuvent, en outre, être punis d'une amende de cinquante centimes prononcée par la Commission scolaire.

Les régents et régentes sont responsables des dégâts occasionnés par leur défaut de surveillance, ou de ceux qu'ils auraient négligé de signaler à la Commission scolaire.

Chapitre IV. Autorités préposées à l'instruction primaire. (Loi art. 29-36.)

Section I. Surveillance des écoles.

Art. 44. Le Département de l'Instruction publique et des Cultes est chargé de la surveillance des écoles et des cours complémentaires. Il dispose d'un personnel spécial créé en vertu de l'art. 29 de la loi et adjoint au service de l'Instruction publique.

Section II. Des préfets.

Art. 45. Les préfets concourent avec le Département de l'Instruction publique et des Cultes à l'application de la loi et du règlement scolaires.

Art. 46. Les préfets connaissent en particulier des contraventions prévues aux art. 27, 92, 93 99, 100 de la loi et 167 du présent règlement.

Art. 47. Les préfets vouent tous leurs soins à la répression des absences non justifiées. Ils s'assurent que celles-ci leur sont régulièrement dénoncées par les Commissions scolaires, et surveillent l'exécution des peines prononcées par eux ensuite de ces dénonciations. Ils adressent à ce sujet, chaque mois, au Département de l'Instruction publique et des Cultes, le rapport prévu à l'art. 102 de la loi (formulaire 5).

Art. 48. Les préfets veillent à ce que le traitement des instituteurs soit payé régulièrement. A cet effet, ils se font remettre, chaque trimestre, un rapport par les municipalités de leur ressort. Ils contrôlent l'exactitude des renseignements qui leur sont donnés, et font eux-mêmes rapport au Département de l'Instruction publique et des Cultes (form. 1).

Section III. Des Commissions scolaires.

Art. 49. Les membres des Commissions scolaires sont nommés pour quatre ans, parmi les citoyens actifs, et sont rééligibles. La Commission et reconstituée intégralement après chaque renouvellement de la Municipalité.

Art. 50. La Commission élit chaque année son président, son vice-président et son secrétaire. Ce dernier peut être pris en dehors de la Commission.

Le Département de l'Instruction publique et des Cultes peut autoriser les communes qui ont une direction spéciale des écoles à déroger à cette prescription.

L'huissier de la Municipalité est à la disposition de la Commission scolaire.

Art. 51. Lorsque deux ou plusieurs communes se sont réunies pour former une seule Commission scolaire, chacune des Municipalités nommes son ou ses représentants dans cette Commission et participe aux dépenses prévues à l'art. 35 de la loi.

Art. 52. La Municipalité et la Commission scolaire réunies nomment, au début de chaque période quadriennale, un comité de trois dames au moins, préposé à la surveillance, ainsi qu'aux examens annuels des ouvrages du sexe.

Art. 53. Les fonctions de régent sont incompatibles avec celles de membre ou de secrétaire de la Commission.

Art. 54. Les parents ou alliés du régent ou de la régente, au premier et au second degré, ne peuvent faire partie de la Commission.

Art. 55. Les parents, au premier et au second degré, ne peuvent siéger ensemble dans la Commission.

Art. 56. Les attributions des commissions scolaires sont les suivantes:

a. Elles fixent chaque année l'ouverture des cours et avisent les parents des enfants qui atteignent l'âge d'admission à l'école ou qui ne remplissent pas leurs obligations scolaires.

b. Elles veillent à la frequentation régulière des écoles et les visitent le plus souvent possible, au moins une fois par mois. Il est fait mention de ces visites dans un registre spécial.

Elles ont aussi la surveillance des écoles enfantines, des cours complémentaires et des cours de travaux manuels.

c. Elles s'assurent, conformément à l'art. 86 de la loi, que tous les enfants qui ne fréquentent pas l'école publique reçoivent une instruction suffisante.

d. Elles surveillent l'exécution du programme d'enseignement, établi conformément au plan d'études, et approuvent l'horaire semestriel des leçons de chaque école.

e. Elles fixent l'époque et la durée des vacances dans les limites prescrites à l'art. 4 de la loi.

f. Elles s'occupent en premier ressort de la repourvue des places vacantes.

g. Elles examinent les plaintes qui leur sont adressées par les régents contre leurs écoliers ou leurs parents et tuteurs, ainsi que celles de ces derniers contre les régents. Elles entendent les parties, s'entourent de tous les renseignements et s'efforcent de résoudre le différend, par les moyens amiables, avant de le porter à la connaissance du Département de l'Instruction publique et des Cultes.

h. Elles procèdent, en avril de chaque année, à l'examen des écoles déterminent avec le personnel enseignant la promotion des élèves et la formation des classes, et adressent au Département de l'Instruction publique et des Cultes un rapport annuel sur la marche des écoles.

i. Elles statuent sur les demandes de congé qui leur sont adressées par le personnel enseignant et par les enfants, ainsi que sur les demandes de dispenses d'été prévues à l'art. 81 de la loi.

j. Elles surveillent les enfants hors de l'école, et les punissent s'ils ne se conduisent pas d'une manière convenable.

k. Elles prononcent les amendes prévues aux articles 97, 98 de la loi et 2 et 43 du règlement et en indiquent le montant dans le rapport annuel.

l. Elles adressent, chaque mois, au Département de l'Instruction publique et des Cultes, un rapport sur les dénonciations faites aux préfets pour les absences non justifiées (form. 4).

Art. 57. Les observations que la Commission ou l'un de ses membres adressent au régent soit sur sa conduite, soit sur son enseignement, doivent être faites en particulier.

Les causes de ces observations sont consignées dans le registre des procès-verbaux de la Commission.

Chapitre V. Régents, Régentes, maîtresses d'ouvrages et d'écoles enfantines. (Loi art. 37-78.)

Section I. Concours, examens, nominations.

Art. 58. Le régent ou la régente pourvue d'un brevet provisoire a le droit de postuler les écoles semi-enfantines, ou toute autre classe primaire ne réunissant pas plus de trente enfants.

Art. 59. Les porteurs du brevet définitif, qui se présentent au concours prévu à l'article précédent, déclarent se soumettre aux conditions du poste à repourvoir; leur présence n'exclut pas les régents ou les régentes pourvues du brevet provisoire.

Art. 60. Les frais résultant de l'insertion des avis de concours dans la Feuille officielle sont à la charge des communes.

Art. 61. Lorsque les autorités communales décident que la nomination aura lieu par voie d'appel, la Commission scolaire communique cette décision au Département de l'Instruction publique et des Cultes, et lui fait connaître en même temps le nom du candidat élu.

Art. 62. Les examens pour la repourvue des postes de régents et de régentes comprennent deux leçons, dont l'une porte sur la langue française et l'autre sur l'arithmétique.

Lorsque la régente est appelée à enseigner les ouvrages du sexe, elle subit en outre l'examen prévu à l'art. 81 du règlement; dans ce cas, cet examen est apprécié par une seule note.

Art. 63. La Commission peut s'adjoindre des experts pour les examens. Ils ont voix consultative.

Art. 64. La Commission choisit immédiatement avant chacune des épreuves, avec le délégué du Département de l'Instruction publique et des Cultes et avec les experts, si elle en a appelé, les sujets d'examen. Elle fixe l'ordre et la forme des leçons.

Les sujets, les mêmes pour tous les aspirants, sont communiqués d'avance à chacun d'eux.

Art. 65. La Commission doit être au complet autant que possible, et les membres dans tous les cas en nombre impair.

Art. 66. A l'ouverture de la séance, le président de la Commission scolaire fait connaître les noms des candidats admis aux examens, dont les titres ont été reconnus en règle; il indique les fonctions et les avantages de la place à repourvoir. Il est procédé ensuite aux examens dans l'ordre arrêté.

Art 67. Les résultats des examens sont appréciés par les chiffres 0 à 10. Ils sont inscrits dans le procès-verbal de l'examen.

Art. 68. Le procès-verbal est signé séance tenante par le président et par le secrétaire de la Commission, ainsi que par le délégué du Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Art. 69. S'il y a division dans l'appréciation du résultat, la minorité peut faire connaître son opinion à la Municipalité et au Département de l'Instruction publique et des Cultes. Cette opinion doit être motivée.

Art. 70. Outre l'appréciation des notes, le procès-verbal indiquera l'année de naissance des candidats, leur lieu d'origine, leur domicile, la nature de la date de leur brevet, le contenu succinct des certificats produits et les écoles desservies. Il y sera joint un état détaillé des fonctions et des bénéfices attachés à la place, tels qu'ils ont été annoncés aux candidats. Le tableau fera connaître aussi les noms des experts et les examens auxquels ils ont pris part.

La Commission peut y joindre toutes les observations qu'elle croira utiles pour la Municipalité.

Art. 71. Le procès-verbal de l'examen est transmis dans le plus bref délai à la Municipalité.

Art. 72. La Municipalité et la Commission se réunissent immédiatement après l'examen pour procéder à l'élection.

L'élection a lieu au scrutin secret et la majorité absolue des suffrages.

Art. 73. Le Département de l'Instruction publique et des Cultes sanctionne ou annule l'élection, conformément aux attributions que la loi lui donne. Il y a recours au Conseil d'Etat, (Loi, art. 50.)

Art. 74. Lorsque le Département de l'Instruction publique et des Cultes a sanctionné l'élection d'un régent, il transmet le brevet de nomination à la Commission scolaire et avise l'élu de son entrée en fonctions.

Art. 75. Le brevet de nomination est remis au régent par le président de la Commission, en présence des élèves et d'une double délégation de la Municipalité et de la Commission.

Art. 76. Lorsque le Département de l'Instruction publique et des Cultes annule l'élection, il communique cette décision à la Municipalité et à la Commission et en indique les motifs.

Si la Municipalité et la Commission veulent recourir au Conseil d'Etat contre la décision du Département de l'Instruction publique et des Cultes, elles doivent le faire dans le terme de dix jours à dater de la communication qui leur en aura été faite.

Art. 77. Lorsque la nullité d'une élection a été definitivement prononcée, un nouveau concours est ouvert dans la forme ordinaire.

Section II. Ecoles d'ouvrages. (Loi art. 11.)

Art. 78. La direction des écoles d'ouvrages est confiée à des personnes pourvues du brevet prévu à l'art. 39 lettre *c* de la loi.

Art. 79. L'enseignement des ouvrages du sexe est donné conformément au plan d'études; il comprend dans chaque classe un minimum de six heures par semaine pour les degrés supérieur et intermédiaire, et de quatre heures pour le degré inférieur.

Art. 80. Les concours pour la nomination de maîtresses d'ouvrages peuvent être ouverts à toute époque de l'année.

Art. 81. Les examens pour la nomination des maîtresses d'ouvrages consistent en deux leçons sur les travaux prescrits par le programme.

La Commission s'adjoint, pour l'appréciation de ces examens, le comité de dames prévu à l'art. 52 du règlement.

Art. 82. La nomination et l'installation des maîtresses d'ouvrages ont lieu conformément aux prescriptions des art. 42 à 50 de la loi et 58 à 77 du règlement.

Art. 83. Les salles spécialement destinées à l'enseignement des ouvrages du sexe doivent être pourvues du mobilier et du matériel ci-après:

1° Un tableau noir quadrillé.
2° Un cadre avec pied.
3° Des tables horizontales, dont l'une de grandeur suffisante pour la coupe.
4° Des bancs à dossier ou des chaises.
5° Une grande armoire.

Art. 84. Lorsqu'il n'y a pas de salle spéciale destinée à l'enseignement des ouvrages du sexe, les salles d'école employées dans ce but sont pourvues d'une table de grandeur suffisante pour la coupe.

Section III. Ecoles enfantines. (Loi art. 13.)

Art. 85. Les écoles enfantines sont organisées de manière à favoriser le développement corporel et intellectuel de l'enfant et à servir de préparation à l'école primaire.

Art. 86. Les demandes relatives à la création d'écoles enfantines sont adressées par les parents intéressés à la Commission scolaire, qui en informe la Municipalité et le Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Art. 87. Les écoles enfantines sont tenues pendant quarante-quatre semaines par année, à raison de 22 à 28 heures par semaine.

Art. 88. La direction de ces écoles ne peut être confiée qu'à des personnes pourvues du brevet prévu à l'art. 39 lettre *d* de la loi.

Art. 89. L'enseignement consiste surtout en leçons de choses, en occupations manuelles, en jeux et chants. Pour les élèves les plus avancés, il comprend, en outre, la lecture, l'écriture et les premiers éléments du calcul et du dessin.

Art. 90. Les concours pour la repourvue des places de maîtresses d'écoles enfantines peuvent être ouverts à toute époque de l'année.

Art. 91. Les examens des aspirantes aux places de maîtresses d'écoles enfantines consistent en deux leçons se rapportant à l'enseignement intuitif.

Art. 92. La nomination et l'installation des maîtresses d'écoles enfantines ont lieu conformément aux art. 42 à 50 de la loi et 58 à 77 du règlement.

Art. 93. Les maîtresses d'écoles enfantines communales, pourvues du brevet définitif primaire, ont droit à l'augmentation pour années de services, ainsi qu'à la pension de retraite prescrite par la loi du 1er juin 1871.

Section IV. Conférences.

Art. 94. Les régents et les régentes se réunissent une fois par année en conférence de district. Ces réunions sont convoquées par le Département de l'Instruction publique et des Cultes qui peut aussi autoriser des séances extraordinaires.

Art. 95. Les conférences sont obligatoires pour tous les régents et toutes les régentes en fonctions dans le district. Les maîtresses d'ouvrages et d'écoles enfantines peuvent prendre part à ces réunions.

Art. 96. Les régents et régentes qui ont fait défaut dans une conférence, sans justifier leur absence, sont signalés au Département de l'Instruction publique et des Cultes et passibles d'une amende fixée par le règlement intérieur. Ce règlement est soumis à l'approbation du dit Département.

Art. 97. Les conférences procèdent tous les quatre ans à la nomination d'un président, d'un vice-président et d'un secrétaire.

Elles tiennent un registre protocole dans lequel sont consignés les procès-verbaux des séances, et communiquent au Département de l'Instruction publique et les Cultes un extrait de leurs délibérations.

Section V. Traitements et autres avantages.

Art. 98. La réduction faite sur le traitement annuel d'un régent dispensé de l'enseignement religieux ne peut être supérieure à cent francs.

Art. 99. Une maîtresse d'ouvrages, remplissant en même temps les fonctions de maîtresse d'école enfantine et pourvue des brevets prévus à l'art. 39 lettre *c* et *d* de la loi, ne peut recevoir un traitement inférieur à fr. 400.

Si la titulaire est pourvue du brevet définitif ou du brevet provisoire, son traitement annuel est de fr. 500 au minimum.

Art. 100. Le logement du régent ou de la régente comprend au minimum deux chambres convenables avec cuisine, cave et galetas. Chacune des chambres est pourvue d'un appareil de chauffage suffisant.

Art. 101. Lorsque la Municipalité a autorisé un régent ou une régente à sous-louer son appartement, le prix de location revient en entier au régent ou à la régente.

Art. 102. Le bois destiné au chauffage de la salle d'école est coupé et rendu au bûcher, aux frais de la commune si le régent ne reçoit que le bois nécessaire à cet usage.

Art. 103. La quantité de bois allouée est suffisante pour permettre le chauffage de la salle d'école et de celle des cours complémentaires. Le bois doit être de bonne qualité.

Section VI. Devoirs du personnel enseignant.

Art. 104. Le personnel enseignant est placé sous la surveillance immédiate de la Commission scolaire.

Art. 105. L'ouverture de l'école est annoncée par le son de la cloche un quart d'heure à l'avance. L'obligation de sonner incombe aux régents, si la cloche est dans le bâtiment d'école ou à proximité immédiate.

Art. 106. Les salles d'école sont accessibles aux élèves au moins cinq minutes avant l'heure d'ouverture de la classe. Le régent surveille l'entrée des élèves, et l'école commence à l'heure précise.

Art. 107. Le régent suit exactement le programme et l'ordre du jour adoptés pour l'école.

Art. 108. Lorsque les enfants sont réunis et placés en bon ordre, le régent procède à leur inspection au point de vue de la propreté, et veille à ce que les vêtements des élèves soient en rapport avec la température de la salle et l'état de santé des élèves.

Art. 109. Il renvoie ceux qui ne seraient pas dans un état de propreté satisfaisant, et veille à ce qu'ils se lavent dans un local voisin destiné à cet usage.

Le régent renvoie aussi de l'école les enfants qu'il suppose atteints de maladies contagieuses; il en prévient immédiatement la Commission scolaire qui en avise le médecin délégué du district.

Art. 110. Ces préliminaires accomplis, le régent fait l'appel des élèves et inscrit les absents. Cet appel a lieu, au plus tard, dix minutes après l'heure d'ouverture de la classe.

Art. 111. Le régent tient régulièrement un journal de classe dans lequel est transcrit le sommaire des leçons données chaque jour. Ce journal est établi sur un formulaire spécial fourni par l'Etat.

Art. 112. L'horaire des leçons de chaque jour est affiché dans la salle d'école. Le régent ne peut s'en écarter ni faire une course avec ses élèves sans l'autorisation du président de la Commission.

Art. 113. Le régent veille à ce que les enfants soient tous constamment occupés pendant la durée de l'école.

Art. 114. Pendant les heures d'école, il est interdit au régent de fumer et de s'occuper d'un sujet étranger à l'école. Il se doit tout entier à son travail et ne peut durant ce temps employer les élèves à des occupations étrangères aux leçons.

Art. 115. L'instituteur peut donner à ses élèves des devoirs à domicile, mais ceux-ci seront proportionnés à l'âge et au degré de développement des enfants.

Art. 116. Lorsque l'école est tenue pendant trois heures consécutives, une récréation de quinze minutes est accordée une heure et trois quarts après l'ouverture de la classe.

Art. 117. Le régent a la surveillance des récréations et exige que, durant cet intervalle et si le temps le permet, tous les élèves quittent la salle.

Art. 118. Le régent voue une grande attention à ce que le bâtiment d'école, la salle et ses abords soient constamment propres et bien entretenus. Le matériel nécessaire est à la charge des communes.

Art. 119. Le régent doit chauffer la salle d'école conformément aux prescriptions de l'art. 30 du règlement, et renouveler l'air de celle-ci pendant les récréations, après les leçons du matin et après celles du soir.

Art. 120. Le régent veille à la conservation du matériel et des objets d'école; il pourvoit aussi au bon entretien de son logement et des dépendances. Il signale à la Commission scolaire les dégradations et les dommages qui exigent des réparations. Si les autorités locales négligent de faire le nécessaire, le régent s'adresse directement au Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Art. 121. Le régent exerce un contrôle sévère sur les livres étrangers à l'école se trouvant entre les mains des élèves. Il confisque immédiatement les objets inutiles aux leçons; ces objets sont rendus en temps opportun.

Art. 122. L'instituteur doit inculquer à ses élèves, par son exemple et par sa parole, les principes et la pratique de la politesse, ainsi que le respect dû aux autorités.

Art. 123. Il est expressément défendu aux régents d'admettre des enfants dans les écoles sans l'autorisation de la Commission scolaire; ils ne peuvent de même les radier du rôle sans cette autorisation.

Art. 124. Les régents sont tenus de faire à la fin de chaque mois une répétition sommaire des matières enseignées.

Art. 125. Les régents sont chargés de la tenue: *a.* du journal de classe; *b.* du registre matricule et d'absences; *c.* du livret et du carnet scolaires.

Art. 126. Les art. 104 à 125 s'appliquent aussi aux régentes, aux maîtresses d'ouvrages et aux maîtresses d'écoles enfantines.

Chapitre VI. Fréquentation et discipline des écoles. (Loi art. 79-107).

Section I. Fréquentation des écoles.

Art. 127. Chaque élève est pourvu d'un livret scolaire reproduisant les données du registre matricule et indiquant les divers changements de domicile.

Art. 128. En cas de promotion, le livret régularisé est transmis par le régent au nouveau maître de l'élève.

Si l'enfant change de domicile, le régent, après avoir régularisé le livret, le remet immédiatement au président de la Commission; celui-ci le transmet sans retard au président de la Commission scolaire de la commune du nouveau domicile.

Art. 129. Lorsque le nouveau domicile de l'élève est inconnu ou hors du canton, le président de la Commission adresse immédiatement le livret au Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Art. 130. Le livret est remis à son possesseur à sa sortie définitive de l'école. Les élèves garçons sont tenus de le conserver avec soin pour être présenté par eux à la Commission fédérale des examens de recrues.

Art. 131. Chaque élève est possesseur d'un carnet scolaire, au moyen duquel le régent fait connaître, à des époques déterminées, aux parents ou tuteurs,

la fréquentation, ainsi que les notes de conduite et de travail de leurs enfants ou pupilles.

Les carnets scolaires sont conservés par les régents. Ils ne sont remis aux élèves que pour être visés par leurs parents ou tuteurs.

Art. 132. Le maître seul peut inscrire des observations sommaires dans le carnet. Ces observations ne doivent jamais revêtir un caractère offensant ni pour les parents ni pour l'élève.

Art. 133. Conformément à l'art. 79 de la loi, les Municipalités et les Commissions scolaires réunies ont le droit de limiter la fréquentation obligatoire de l'école au 15 avril de l'année civile où les enfants atteignent l'âge de quinze ans. Cette décision est communiquée, avant le 1er mars de chaque année, au Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Art. 134. Les Commissions scolaires sont tenues de faire connaître au Département de l'Instruction publique et des Cultes, avant le 1er mars de chaque année, le mode de fréquentation qu'elles se proposent d'adopter pour l'été à l'égard des enfants âgés de 12 ans révolus au 15 avril, en indiquant:

a. Si ces enfants devront fréquenter toutes les écoles d'été;

b. Ou s'ils seront astreints à suivre, chaque matin, trois heures d'école durant tout l'été;

c. Ou si la fréquentation des écoles du matin n'aura lieu que dans la période du 15 avril au 1er juin, et, dans ce cas, la répartition des heures d'école (84 au minimum), à suivre du 1er juin au 1er novembre.

Cette répartition ne peut se faire que par semaines entières, à raison de 2 ou 3 heures chaque matin, et à condition qu'il ne soit accordé aucun congé.

Art. 135. Les élèves du degré supérieur ayant fait un examen satisfaisant peuvent seuls être admis aux écoles du soir.

Tout élève sera astreint à suivre les écoles du jour, lorsque sa fréquentation aura motivé deux dénonciations.

Art. 136. Dans les communes où la libération a lieu à 15 ans, les enfants admis à fréquenter l'école jusqu'à 16 ans sont assimilés, pour toutes leurs obligations scolaires, aux autres élèves de l'école.

Art. 137. Les dispenses d'été prévues à l'art. 81 de la loi doivent être demandées à la Commission scolaire. Les parents ou tuteurs justifient à cette occasion de l'emploi des enfants durant les heures de dispense.

L'élève mis au bénéfice d'une dispense est astreint à suivre toutes les écoles, lorsque sa fréquentation a donné lieu à deux dénonciations.

Art. 138. Toute absence d'un enfant non régulièrement libéré est réprimée conformément à la loi.

Art. 139. Les enfants atteignant l'âge de 6 ans dans l'année courante peuvent être admis à l'école dès le commencement de l'année scolaire, si leurs parents ou tuteurs en font la demande. Dans ce cas les Commissions scolaires prennent en considération: *a.* l'état physique et intellectuel des enfants; *b.* l'étendue de la salle d'école; *c.* le nombre et l'âge des écoliers astreints à la fréquentation obligatoire; *d.* la distance qui sépare ces jeunes enfants de la maison d'école.

Ces enfants sont astreints à toutes les obligations scolaires concernant les élèves du degré inférieur.

Art. 140. Sur le préavis de la Commission scolaire, le Département de l'Instruction publique et des Cultes peut libérer définitivement de l'école les élèves notoirement dépourvus d'intelligence, ou atteints d'infirmités ou de maladies empêchant la fréquentation de l'école.

Art. 141. Les vacances peuvent être de 12 à 16 semaines consécutives dans les communes de montagne, moyennant l'autorisation spéciale du Département de l'Insruction publique et des Cultes. Dans ce cas, elles commencent au 15 juin au plus tôt, pour se terminer au plus tard au 15 octobre. En dehors des vacances ci-dessus, la fréquentation quotidienne, matin et soir, est obligatoire pour tous les écoliers.

Art. 142. Le régent ne peut dispenser un élève que d'une école par semaine. Le président de la Commission peut accorder un congé de trois jours, et la Commission scolaire un congé de quinze jours. Passé ce terme, la Commission s'adresse au Département de l'instruction publique et des Cultes.

Art. 143. Le président de la Commission peut accorder au régent un congé de deux jours dans le même mois. La Commission statue sur les demandes de congés de huit jours. Pour tous les autres cas, le régent s'adresse au Département de l'Instruction publique et des Cultes, par l'intermédiaire de la Commission.

Art. 144. Chaque année, au mois d'avril, la Commission procède à un examen public des écoles, en présence de la Municipalité ou d'une délégation de celle-ci.

Art. 145. La Commission fixe la date des examens; elle en donne immédiatement avis à la Municipalité, au personnel enseignant et aux élèves.

Art. 146. Les examens écrits sont fixés par le Département de l'instruction publique et des Cultes. Ils ont lieu à la même date pour toutes les écoles du canton.

Art. 147. Le Département de l'Instruction publique et des Cultes donne chaque année aux Commissions les directions nécessaires relativement aux examens annuels.

Art. 148. Les résultats de l'examen annuel font partie du rapport que les Commissions adressent au Département de l'Instruction publique et des Cultes, par l'intermédiaire de la Municipalité.

Art. 149. L'échelle d'appréciation des notes d'année et d'examen est la suivante:

1 = très bien; 2 = bien; 3 = passable; 4 = mal; 5 = très mal.

Art. 150. La Commission appelle aux examens annuels les enfants qui ne fréquentent pas l'école publique. La Commission et le Département de l'Instruction publique et des Cultes peuvent s'assurer par des examens spéciaux, faits aussi souvent qu'ils le jugent convenable, que ces enfants reçoivent une instruction égale à celle qui est donnée dans les écoles publiques primaires.

Ecoles privées.

Art. 151. Le Département de l'Instruction publique et des Cultes et les Commissions scolaires ont la haute surveillance sur les écoles privées. Ils peuvent s'assurer en tout temps, par des inspections ou par des examens, que ces écoles se conforment au programme d'études prévu à l'art. 15 de la loi.

Art. 152. En vue de s'assurer que les moyens employés pour l'instruction d'un enfant ne fréquentant pas l'école publique sont suffisants, les Commissions scolaires exigeront:

a. Que l'ouverture et la fermeture de toute école privée leur soient annoncées à l'avance;

b. Que le rôle des enfants astreints à la fréquentation des écoles leur soit remis au commencement de chaque année scolaire;

c. Que les directeurs ou les maîtres des écoles privées leur fassent connaître immédiatement l'entrée ou la sortie de chaque élève;

d. Qu'un registre d'absences soit régulièrement tenu, de manière à leur permettre d'exercer leur contrôle en tout temps.

A l'occasion des recensements scolaires, les directeurs ou maîtres des écoles privées délivrent à chaque enfant une attestation de fréquentation.

Art. 153. Pour les écoles qui ont une programme équivalant à celui des écoles publiques secondaires, les Commissions scolaires ou leurs délégués assistent aux examens de ces écoles, afin de s'assurer que l'instruction donnée y est au moins égale à celle des écoles publiques primaires.

Art. 154. Si les directeurs ou maîtres des écoles privées ne se conforment pas aux prescriptions des articles 151, 152 et 153 du règlement, les Commissions scolaires inscrivent d'office leurs élèves à l'école publique primaire.

Art. 155. Si les Commissions scolaires constatent des abus dans les écoles privées, elles en informent immédiatement le Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Section II. Discipline.

Art. 156. Les punitions infligées à l'école doivent être en rapport avec l'âge, le caractère de l'enfant et la gravité de la faute; elles ne sont pas l'effet de l'emportement, afin qu'une fois prononcées, le maître ou, cas échéant. l'autorité scolaire, puissent, en cas de recours des parents, en exiger la complète exécution.

Art. 157. Les régents s'abstiennent absolument d'actes de brutalité, d'injures, de paroles grossières, ainsi que de toute allusion à la vie publique ou privée des parents des élèves ou de toute autre personne.

Art. 158. Dans les cas graves, les mauvaises notes de conduite ou de travail données aux élèves sont communiquées immédiatement par l'instituteur aux parents ou tuteurs intéressés.

Art. 159. La pénitence, ou mise à l'écart dans la salle d'école, a lieu lorsque l'enfant persiste, après avertissement, à être un sujet de désordre pour ses voisins. Elle n'est appliquée qu'à un petit nombre d'élèves à la fois; ceux-ci seront toujours strictement surveillés et occupés.

Art. 160. Les arrêts dans la compétence du régent sont infligés de manière à ce que l'élève ne soit pas retenu plus d'une heure après la durée de la classe du matin, et plus de deux heures après la classe du soir. Ces arrêts ne peuvent avoir lieu de nuit.

En aucun cas, les élèves ne doivent être privés des récréations.

Art. 161. Les travaux imposés aux élèves pendant les arrêts consistent en devoirs ou en exercices utiles.

Art. 162. L'expulsion d'un élève pour une demi-journée est prononcée en cas de rébellion ouverte. Dans ce cas, le régent avise sans retard les parents, ainsi que le président de la Commission. L'enfant ne peut rentrer en classe que porteur d'une autorisation du président de la Commission scolaire et après avoir fait acte de soumission.

Art. 163. Lorsqu'un élève retombe sans cesse dans les mêmes fautes et ne tient aucun compte des avis du régent, celui-ci le dénonce à la Commission en précisant par écrit les motifs de cette mesure.

Art. 164. Les préposés à l'enseignement religieux ont le droit de faire usage des punitions prescrites à l'art. 103 de la loi.

Art. 165. Lorsque les moyens de répression prescrits par la loi sont insuffisants pour ramener l'élève à ses devoirs, la Commission scolaire en réfère au Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Les cas d'immoralité sont immédiatement déférés à cette autorité.

Art. 166. Le Département de l'Instruction publique et des Cultes peut prononcer contre tout élève l'exclusion temporaire ou définitive des écoles ou dénoncer le cas aux tribunaux.

Art. 167. Il est interdit aux parents et à toute autre personne de s'introduire dans le bâtiment d'école, pour adresser des reproches au régent ou le troubler dans l'exercice de ses fonctions.

Les contraventions à cet article, dénoncées par l'intermédiaire des Commissions scolaires, sont punies d'une amende de cinq à vingt francs, prononcée par le préfet.

Section III. Répression des absences.

Art. 168. Les membres du personnel enseignant tiennent exactement le contrôle des absences de leurs écoliers sur un registre uniforme et obligatoire, destiné à cet usage et fourni par la commune. Pendant l'appel fait au commencement de chaque école, ils inscrivent toutes les absences par congé, par maladie et celles qui ne sont pas justifiées.

Le nombre des élèves présents et des élèves absents est transcrit régulièrement au journal de classe.

Art. 169. Les congés accordés par le président de la Commission ou par la Commission sont donnés par écrit et remis au régent qui les conserve comme pièces justificatives.

Art. 170. Trois arrivées tardives non justifiées par semaine équivalent à une absence.

Art. 171. Les rapports d'absences, dressés et certifiés par le régent, sont remis en deux doubles, à la fin de chaque semaine, au président de la Commission, qu'il y ait ou non des absences sans congé.

Chaque semaine, les maîtresses d'ouvrages remettent en temps utile aux régents la liste des élèves qui ont manqué leurs leçons. Les régents portent ces absences dans leurs registres et, s'il y a lieu, dans les rapports hebdomadaires.

Dans les deux jours, le président de la Commission transmet sans faute l'un des doubles au préfet.

Art. 172. Aussitôt après la réception des rapports d'absences ou des autres rapports des Commissions scolaires, le préfet cite les parents ou les tuteurs des enfants dénoncés et prononce les amendes prévues aux art. 27, 92, 93, 99, 100 de la loi et 167 du règlement.

Art. 173. L'exécution de la sentence a lieu suivant les formes prescrites par la loi sur la poursuite des amendes municipales.

Toutefois la rentrée de toutes les amendes prononcées par les préfets se fait par l'intermédiaire des receveurs de district.

Art. 174. Toute personne condamnée à une amende pour inobservation des prescriptions légales et réglementaires devra s'acquitter dans le délai de dix jours dès celui où elle aura eu connaissance du prononcé. En cas de non-paiement, un nouveau délai de huit jours est accordé au débiteur.

Art. 175. Si, à l'expiration de ce dernier délai, le débiteur n'a pas payé l'amende prévue à l'article précédent, ainsi que les frais de sommation, le préfet prononce d'office, sans nouvel avis, la conversion de l'amende en emprisonnement, à raison de trois francs d'amende pour vingt-quatre heures d'emprisonnement.

Art. 176. Les arrêts prévus à l'art. 95 de la loi sont subis en dehors de l'école, de préférence le dimanche, et ne peuvent avoir lieu de nuit.

Chapitre VII. Cours complémentaires. (Loi art. 108-118.)

Art. 177. Dans toutes les communes où il existe une école primaire tenue par un régent, il est ouvert, chaque année, du 1er décembre au 1er mars, à raison de trois heures par semaine, des cours complémentaires d'instruction primaire. Le Département de l'Instruction publique et des Cultes peut autoriser les communes qui le demandent à commencer les cours plus tôt.

Art. 178. La Municipalité et la Commission scolaire fixent, avant le 10 novembre de chaque année, les jours et les heures auxquels les cours seront donnés, ainsi que les locaux qui leur seront affectés.

Avis en est donné aux intéressés par voie d'affiche et de publication dans la commune.

Les jeunes gens sont par là censés avertis personnellement, et les absents tombent sous le coup des peines prévues par la loi.

Art. 179. Les garçons de 15 à 19 ans, libérés des écoles, habitant une commune où il n'existe pas de classe tenue par un régent, sont astreints à suivre les cours complémentaires dans la commune la plus rapprochée.

L'indemnité à payer par les communes qui n'ont pas de régent, est fixée à raison de quatre francs par élève. Les quatre cinquièmes de cette indemnité sont dus au régent qui donne les cours; le cinquième sert à indemniser la commune pour le chauffage et l'éclairage de la salle.

Art. 180. Les jeunes gens qui changent de domicile durant la période des cours sont tenus d'en informer les Commissions scolaires respectives, et de se présenter aux leçons complémentaires de leur nouvelle résidence.

Art. 181. Moyennant l'autorisation de la Commission scolaire, des jeunes gens âgés de plus de 19 ans peuvent, sur leur demande, être admis à suivre les cours.

Art. 182. La Municipalité fait dresser chaque année, avant le 1er novembre, la liste de tous les garçons de nationalité suisse, âgés de 15 à 19 ans, domiciliés dans la commune, et qui, à teneur de l'art. 111 de la loi, sont appelés à suivre les cours complémentaires.

Art. 183. Les jeunes gens qui ont atteint leur 19e année ne sont dispensés des cours qu'après avoir subi l'examen annuel.

Art. 184. Les demandes de dispenses sont adressées, avant le 1er novembre, à la Commission scolaire qui les transmet, avec son préavis, au Département de l'Instruction publique et des Cultes.

Ces dispenses ne sont accordées que pour une année, et dans le cas seulement où l'état d'instruction des requérants est jugé suffisant par ce Département.

Art. 185. Les maîtres tiennent exactement le rôle des jeunes gens astreints à suivre les cours.

Ils inscrivent toutes les absences en mentionnant les motifs d'excuse indiqués.

Le registre destiné à cet usage est fourni par la commune.

Art. 186. Les maîtres transmettent, chaque semaine, la note des absences au président de la Commission scolaire. La note datée, vérifiée et signée par eux, suffit pour établir le fait de l'absence.

Art. 187. Le registre d'absences est produit à la Commission scolaire et au chef de section, chaque fois que la demande en est faite.

Art. 188. Le président de la Commission scolaire transmet immédiatement au chef de section la liste des absences non justifiées.

Art. 189. Chaque absence d'une heure est réprimée par trois heures d'arrêts, soit au maximum neuf heures pour la semaine entière.

Les arrêts sont infligés par le chef de section et ne peuvent excéder neuf heures consécutives, ni avoir lieu pendant la nuit; ils sont subis, au plus tard, dix jours après l'envoi du rapport de la Commission scolaire.

Art. 190. La Municipalité désigne, dans la commune où se donnent les cours, le local destiné aux arrêts. Ceux-ci ne peuvent être subis, en aucun cas, dans une salle de prison préventive ou de détention pénale.

Art. 191. Si l'absence non justifiée a duré plus de deux semaines, le cas est déféré par le chef de section au Département militaire qui inflige les arrêts dans les limites de sa compétence. Ces arrêts sont subis au chef-lieu du district.

Art. 192. Les frais de notification sont à la charge des personnes citées. L'huissier de la Municipalité reçoit vingt centimes pour chaque citation qu'il est chargé de faire.

Art. 193. La surveillance des arrêts est exercée aux frais des communes, par une personne que désigne la Municipalité.

Art. 194. Les devoirs obligatoires accompagnant les arrêts sont fixés par le maître du cours et avec l'approbation de la Commission scolaire.

Ils sont appropriés au degré d'instruction des jeunes gens et consistent en calculs, compositions, copies ou exercices d'écriture.

Art. 195. Pendant la durée des arrêts, l'entretien des élèves est à la charge de ces derniers. Ils peuvent prendre avec eux la nourriture nécessaire, l'autorisation du chef de section étant réservée.

Art. 196. L'arrestation des jeunes gens qui refusent de subir leur peine a lieu comme pour les arrêts militaires.

Chapitre VIII. Discipline.

Art. 197. Les cas d'indiscipline sont déférés immédiatement par la Commission scolaire au chef de section et, s'il y a lieu, au Département militaire, qui prononcent les peines dans les limites de leur compétence.

Le chef de section a une compétence de douze heures pour le même élève. S'il y a lieu d'appliquer une peine plus forte, il en réfère au commandant d'arrondissement et, dans les cas graves, au Département militaire.

La peine infligée peut être, suivant le cas, subie dans une chambre d'arrêt.

Chapitre IX. Programme des cours. Enseignement.

Art. 198. Les jeunes gens sont répartis en divisions ou séries d'enseignement, suivant leur degré d'instruction ou de développement.

Art. 199. Un programme ou plan d'études indique le champ à parcourir dans ces cours.

Ce programme, basé sur les prescriptions du règlement fédéral du 15 juillet 1879, pour les examens des recrues et les écoles complémentaires, comporte les branches ci-après:

La lecture;
La composition (orthographe et écriture);
Le calcul mental;
L'arithmétique;
La géographie;
L'histoire suisse;
L'instruction civique.

Art. 260. Chaque élève est tenu d'apporter aux leçons le matériel nécessaire, savoir:

a. Un cahier de papier blanc;
b. Un porte-plume avec plumes;
c. Un crayon;
d. Les manuels prescrits par le plan d'études.

Art. 201. Tout élève qui, par sa faute, est empêché de profiter de la leçon, ensuite de l'absence du matériel scolaire obligatoire, est passible de deux heures d'arrêts prononcés par le chef de section.

Art. 202. Le maître du cours transcrit exactement sur un registre spécial les notes de conduite et de travail obtenues par chacun des élèves.

Art. 203. Chaque année, du 1er au 15 mars, les élèves des cours complémentaires subissent dans la localité où les cours ont été suivis, et par devant la Commission scolaire, un examen dans la forme prescrite pour les examens des recrues.

Chaque élève présente à l'examen les travaux écrits faits pendant les cours.

Art. 204. Les jeunes gens qui n'ont pu justifier leur absence sont passibles de douze heures d'arrêts prononcés par le chef de section et soumis, en outre, avant le 1er avril, à un nouvel examen.

L'absence non justifiée à cet examen est punie d'une rélusion de vingt-quatre heures.

Art. 205. Les résultats de l'examen annuel sont consignés dans un formulaire remis à double par le Département. L'un des doubles du rapport est envoyé au Département de l'instruction publique et des Cultes, et l'autre est conservé dans les archives de la Commission scolaire.

Art. 206. La surveillance des cours est exercée sous l'autorité du Département de l'instruction publique et des Cultes et du Département militaire:

Par les délégués du Département de l'Instruction publique et des Cultes, par les chefs de section et, dans chaque commune, par la Commission scolaire.

Art. 207. Les Commissions scolaires sont spécialement chargées de la surveillance des cours complémentaires. Elles les font visiter chaque semaine par un de leurs membres ou par une personne déléguée à cet effet.

Art. 208. Les chefs de section inspectent aussi les cours de leur ressort, spécialement au point de vue de la discipline. Ils sont tenus d'intervenir lorsque l'instituteur ou la Commission scolaire réclament leur concours pour le maintien de l'ordre. Ils assistent aux examens de leur section.

Ils font rapport au Département militaire, avant le 15 avril, par l'intermédiaire du commandant d'arrondissement.

Chapitre X. Disposition transitoire.

Art. 209. Lorsque les épreuves pour l'obtention des brevets prévus à l'art. 39 de la loi (*c* et *d*) auront été organisées, un délai sera accordé aux maîtresses d'ouvrages et aux maîtresses des écoles enfantines, qui seront alors en fonctions, pour se pourvoir des dits brevets.

Art. 210. Le présent règlement sera imprimé et publié pour être immédiatement exécutoire.

---

7. 5. Verordnung des Regierungsrates des Kantons Zürich betreffend Schulhausbau und Schulgesundheitspflege. (§§ 23, 72, 84, 85, 89 bis 91, 97 und 104 des Unterrichts-Gesetzes vom 23. Dezember 1859.) (Vom 31. Dezember 1890.) (Nebst Kreisschreiben des Erziehungsrates vom 6. Dezember 1890.)

Erster Abschnitt. Bestimmungen betreffend Schulhausbau.

I. Bauplatz, Lage, Umgebung und Einrichtung der Schulhäuser.

§ 1. Die Auswahl des Bauplatzes für ein Schulhaus ist vornehmlich nach folgenden Rücksichten zu treffen:

a. Das Schulhaus muss auf trockenem, beziehungsweise trocken gelegtem Grunde stehen.

b. Es muss eine freie Lage haben.

c. Die Nähe geräuschvoller, die Luft oder den Untergrund verunreinigender oder überhaupt der Gesundheit nachteiliger Gewerbe soll vermieden werden.

§ 2. In unmittelbarer Umgebung des Schulhauses ist ein ebener und trockener Platz für Turn- und Spielzwecke anzulegen, welcher für jeden Schüler einer gleichzeitig zu unterrichtenden Abteilung wenigstens 8 m² Flächenraum bietet. (Verordnung des schweizer. Bundesrates über die Einführung des Turnunterrichtes für die männliche Jugend vom 10. bis 15. Altersjahr, vom 16. April 1883.)

§ 3. In möglichster Nähe des Schulhauses ist ein laufender Brunnen zu erstellen.

§ 4. Das Mauerwerk soll aus Hau-, Bruch- oder Backstein erstellt sein. Im Schulhaus sind mindestens zwei Ausgänge vorzusehen. Die Treppen sind breit und sanft ansteigend anzulegen. An der Aussenseite der Treppe sind sichere Geländer anzubringen. Es soll dafür gesorgt werden, dass Vorrichtungen zum Aufhängen von Kleidern und Kopfbedeckungen, zur Aufbewahrung von Schirmen etc. vorhanden sind. Wenn tunlich sollen auch Bade- und Wascheinrichtungen erstellt werden. Die Zimmerböden sollen aus Riemen von Hartholz bestehen und mit Blindböden versehen sein. Als Ausfüllungsmaterial dürfen keine gesundheitsschädlichen Stoffe verwendet werden. (§ 23.)

II. Unterrichtslokalitäten.

§ 5. Für den Unterricht sind folgende Lokalitäten notwendig:

1. Ein Lehrzimmer für jede Schulabteilung.
2. Ein Lehrzimmer für weibliche Arbeiten.
3. Ein Sammlungszimmer, insbesondere für Sekundarschulen.
4. Ein Turnlokal.

§ 6. Die Bodenfläche jedes Lehrzimmers soll für den einzelnen Schüler wenigstens 1 m² Raum bieten. Die Höhe des Lehrzimmers im Lichten darf nicht unter $3^1/_2$ m betragen.

§ 7. Die Beleuchtung soll soweit möglich von Ost oder Südost stattfinden. Bei freier Lage des Hauses und einseitiger Beleuchtung soll das Verhältnis von Glasfläche zu Bodenfläche wenigstens 1 : 5 betragen. Bei tiefen Zimmern oder Nachbarschaft von Häusern, Bäumen etc. ist mehrseitige Beleuchtung und entsprechende Vermehrung der Glasfläche notwendig.

Die Fensterbrüstung soll nicht zu niedrig sein. Die Fenster sind möglichst nahe an die Decke zu führen und mit Oberflügeln zum Aufklappen nach innen zu versehen.

Lichteinfall von vorn ist unzulässig.

§ 8. Als Normalbestuhlung sind zweiplätzige Bänke zu betrachten. Dieselben sollen aufklappbare Tischplatten, Lehnen und wenn möglich beweglichen Sitz haben. Die Breite der Tischplatte soll sich zwischen 36 und 44 cm bewegen und die Tischlänge für den einzelnen Schüler mindestens 50 cm betragen.

Für die Primarschulen sind der Grösse der Schüler entsprechend mindestens 4, für die Sekundarschulen 3 verschiedene Banknummern erforderlich.

Die Bänke sind so zu plaziren, dass das Licht von der linken Seite her auf den Tisch fällt.

§ 9. Jedes Schulzimmer soll wenigstens einen geräumigen Wandschrank und einen Tisch mit verschliessbarer Schublade enthalten.

Ebenso soll ein Thermometer, ein Papierkorb, ein Spucknapf und, sofern keine andere Wascheinrichtung zur Verfügung steht, ein Giessfass mit Handtuch in demselben vorhanden sein.

III. Die Lehrerwohnung.

§ 10. Die Gemeinden haben für passende Lehrerwohnungen zu sorgen.

Wird mit dem Schulhaus eine Lehrerwohnung verbunden, so soll dieselbe von den Unterrichtslokalitäten möglichst getrennt werden und für sich abschliessbar sein.

Die Lehrerwohnung soll folgende Räumlichkeiten enthalten:

a. Eine geräumige Wohnstube mit Nebenzimmer.
b. Eine Küche.
c. Drei weitere Zimmer, vertäfert oder tapezirt, wovon mindestens eines heizbar sein soll.
d. Einen Windenraum.
e. Einen Keller.
f. Einen Holzbehälter.
g. Einen besondern Abtritt.

Es ist von den Schulgemeinden dafür zu sorgen, dass diese Räumlichkeiten in gutem Zustande erhalten werden.

§ 11. Die Lehrerwohnung darf nicht zu Zwecken verwendet werden, welche der Schulführung in irgend einer Weise Störung bereiten.

Im Falle der Vermietung der Lehrerwohnung von Seiten der Schulpflege oder des Lehrers ist der Mietvertrag der Genehmigung der Bezirksschulpflege zu unterbreiten.

IV. Die Abtritte.

§ 12. Der Abtrittanlage ist die möglichste Sorgfalt zuzuwenden. Sie muss so angebracht werden, dass die Abtrittgase weder die Schulzimmer, noch die Gänge infiziren können. Es ist womöglich Wasserspühlung einzurichten.

Für Knaben und Mädchen sind besondere Abtritte anzulegen und die Eingänge zu denselben getrennt zu halten.

§ 13. Die einzelnen Sitze der Abtritte sollen durch genügend hohe Scheidewände von einander getrennt sein.

An grösseren Schulen ist mindestens auf je 40 Schüler ein Sitz zu erstellen.

Wo Wasserspühlung zur Verfügung steht, ist für die Knaben ein von den übrigen Abtritten abgetrenntes Pissoir anzulegen.

V. Heizeinrichtung und Ventilation.

§ 14. Die Heizeinrichtung kann entweder Ofenheizung oder Zentralheizung sein.

In allen Fällen ist dieselbe so einzurichten, dass sie zugleich der Ventilation dient, dass die Luft am Heizkörper nicht zu stark erhitzt werde, dass sie nicht zu trocken sei und dass weder Kohlenoxyd noch andere Verbrennungsgase in das Lehrzimmer eintreten können.

Bei allen Heizanlagen ist entsprechend den Anforderungen der Technik auf das Verhältnis der Heizkörper zum Heizraum Rücksicht zu nehmen.

VI. Die Turnhallen.

§ 15. Im Interesse eines regelmässigen Unterrichts wird die Erstellung eines geschlossenen, ventilirbaren, hinlänglich hohen, hellen und womöglich heizbaren Lokales von 3 m² Fläche für jeden Schüler einer Turnklasse dringend empfohlen. (Verordnung des schweizer. Bundesrates über die Einführung des Turnunterrichts für die männliche Jugend vom 10. bis und mit dem 15. Altersjahr, vom 16. April 1883.)

§ 16. Die Turnhalle ist mit einem Riemenboden zu belegen, und es muss für Reinhaltung derselben Vorsorge getroffen werden.

§ 17. Denjenigen Primarschulgemeinden, welche zugleich Sekundarschulort sind, ist gestattet, die Räumlichkeiten für den Turnunterricht gemeinsam mit dem Sekundarschulkreis zu erstellen.

Es können unter Genehmigung des Erziehungsrates auch mehrere benachbarte Schulgemeinden zusammen eine Turnlokalität erbauen.

Die Benutzung von Kellern und Souterrainräumen als Turnlokale ist unstatthaft.

VII. Benutzung der Schullokalitäten.

§ 18. Die Schullokalitäten sind während der gesetzlichen Schulzeit ausschliesslich zu Unterrichtszwecken zu verwenden.

§ 19. Die Benutzung der Lehrzimmer oder der Turnhalle ausserhalb der Unterrichtszeit zu andern Gemeindezwecken oder durch Vereine kann von der Schulpflege auf eingereichtes Gesuch der betreffenden Behörde, beziehungsweise des Vereinsvorstandes nach Anhörung der Lehrer bewilligt werden. Jedoch darf hiebei der Unterricht in keiner Weise Schaden leiden, und es ist insbesondere auch für Reinhaltung und Lüftung geeignete Vorsorge zu treffen.

VIII. Verfahren bei der Auswahl des Bauplatzes und Genehmigung der Baupläne.

§ 20. Die Situations- und Baupläne sind von der Gesundheitsbehörde nach sanitarischen Rücksichten zu prüfen und durch alle geeigneten Mittel die diesfalls gebotenen vorsorglichen Massregeln, insbesondere auch mit Bezug auf die Aborte, Kamine und Heizeinrichtungen anzuordnen (§ 13 der Verordnung betr. die örtlichen Gesundheitsbehörden vom 25. Juli 1883.)

§ 21. Der Antrag betreffend Auswahl der Baustelle geht von der Schulpflege an die Schulgemeinde. Wird derselbe angenommen, so unterliegt er noch der Genehmigung der Bezirksschulpflege (§ 23); wird er verworfen, so hat die Schulgemeinde sofort entweder von sich aus einen andern Platz zu bezeichnen, oder durch die Schulpflege oder eine Spezialkommission sich neue Vorlagen machen zu lassen. Die Schulgemeinde ist in diesem Falle spätestens 8 Wochen nach der ersten Versammlung neuerdings zum Entscheide einzuberufen. Kommt es auch in dieser Versammlung nicht zu einem abschliesenden Entscheide über die Baustelle, so hat die Schulpflege der Bezirksschulpflege die Akten zu übermitteln, welche nach Prüfung durch Augenschein über die Baustelle entscheidet.

In Fällen, in denen eine Verständigung betreffend Abtretung des nötigen Landes mit den Eigentümern nicht erzielt werden kann, ist das Expropriationsverfahren einzuleiten. (Gesetz betreffend die Abtretung von Privatrechten vom 30. November 1879.)

§ 22. Der Vorschrift in § 21 entsprechend ist auch betreffend die Genehmigung der Baupläne durch die Gemeinde zu verfahren und nötigenfalls der Entscheid der Bezirksschulpflege anzurufen.

§ 23. Die Genehmigung des Bauplatzes, sowie der Baupläne ist in allen Fällen Sache der Bezirksschulpflege. Ebenso steht dieser Behörde die Genehmigung der Spezialvorlagen betreffend Ausfüllmaterial, Abtrittanlage und Einrichtung der Heizung und Ventilation zu. Hiebei kann Rat und Gutachten eines vom Erziehungsrat ernannten kantonalen Experten eingeholt werden.

Zweiter Abschnitt. Bestimmungen betreffend Schulgesundheitspflege.

I. Schüler.

§ 24. Die Gemeindeschulpflegen haben die Kinder soweit tunlich bei Beginn des ersten Schuljahrs durch einen Arzt untersuchen zu lassen.

Bei dieser Untersuchung kommen insbesondere in Betracht allfällige Fehler des Gesichtes und des Gehörs oder überhaupt solche Gebrechen, welche einem erspriesslichen Unterricht hinderlich sind und welche die Schulpflegen zu bestimmten Massnahmen, beziehungsweise zu geeigneten Räten an die Eltern führen könnten.

§ 25. Die Schulpflegen sind eingeladen, alljährlich Messungen der Schüler vornehmen und die letztern ihren Massverhältnissen entsprechend in die verschiedenen Banknummern einreihen zu lassen.

§ 26. An Ausgaben der Schulklassen, welche für dürftige Schulkinder insbesondere zur Winterszeit in Bezug auf Nahrung und Kleidung gemacht werden, wird ein Staatsbeitrag in Aussicht gestellt.

§ 27. Bei Kinderepidemien kommen die Vorschriften der §§ 17 bis 18 der Verordnung betreffend die örtlichen Gesundheitsbehörden vom 25. Juli 1883 zur Anwendung. Die Schulpflegen sind jedoch von den bezüglichen Beschlüssen rechtzeitig in Kenntnis zu setzen.

II. Unterricht.

§ 28. Es dürfen den Schulkindern in den ersten drei Jahren an einem Schulhalbtage höchstens 3, in den spätern Schuljahren höchstens 4 Unterrichtsstunden erteilt werden, wobei in der Ergänzungs- und Sekundarschule die Turnstunden nicht mitgerechnet sind, und es ist entweder nach jeder Schulstunde eine kleinere oder nach einem längern Lehrgange eine entsprechend grössere Pause einzufügen.

§ 29. Bei der zeitlichen Anordnung der Unterrichtsfächer soll eine geeignete Abwechslung zwischen anstrengenderem und weniger anstrengendem Unterricht stattfinden.

Der Turnunterricht ist soweit möglich in die übrigen Unterrichtsfächer einzureihen.

§ 30. Beim Schreiben und Lesen sollen die Schüler an eine aufrechte Körperhaltung gewöhnt werden. Es ist schon vom ersten Unterricht an darauf zu halten, dass die Entfernung des Auges von der Schrift nicht weniger als 30 cm betrage.

§ 31. Beim Schreiben sind spätestens von der zweiten Klasse an Papier, Feder und schwarze Tinte zu gebrauchen.

Die Wandtafel ist immer schwarz zu halten, jedoch so, dass sie nicht blendet.

§ 32. Der Unterricht in den weiblichen Arbeiten, sowie im Zeichnen und Schönschreiben soll auf die helle Tageszeit verlegt werden.

§ 33. Die Schulpflegen haben für die körperliche Ausbildung der Schüler soweit möglich auch ausserhalb des Stundenplans geeignete Vorsorge zu treffen (Spiele, Bäder, Schwimmunterricht, Spaziergänge).

§ 34. In der Elementarschule ist von Hausaufgaben abzusehen, in den Realschulklassen ist möglichste Beschränknng derselben geboten.

Auf den höheren Schulstufen ist Vorsorge zu treffen, dass Überbürdung mit Hausaufgaben vermieden wird.

§ 35. Beim Beginn und am Schluss des Unterrichts ist die im Stundenplan festgesetzte Zeit genau innezuhalten.

In Straffällen ist das Zurückbehalten der Schüler nur bei gleichzeitiger Anwesenheit des Lehrers zulässig.

III. Unterrichtslokalitäten.

§ 36. Die Unterrichtslokalitäten sind wöchentlich mindestens zwei Mal zu reinigen.

Alljährlich im Frühjahr oder Herbst sind dieselben einer umfassenden Hauptreinigung zu unterziehen.

§ 37. Nach jedem Schulhalbtag, sowie während der Pausen ist für gehörige Lüftung der benutzten Zimmer durch Öffnen der Türen und Fenster Vorsorge zu treffen.

Bei nicht allzu ungünstiger Witterung haben die Schüler während der Pausen das Zimmer zu verlassen.

§ 38. Im Winter soll die Temperatur des Schulzimmers 15—17 ° C, der Turnhalle 10—12 ° C betragen.

§ 39. Es ist verboten, in den Schulzimmern zu rauchen.

§ 40. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft, und es wird die Verordnung betreffend die Erbauung der Schulhäuser vom 26. Brachmonat 1861 als aufgehoben erklärt.

---

8. 6. Kreisschreiben des Erziehungsrates des Kantons Zürich an die Gemeinde-, Sekundar- und Bezirksschulpflegen, sowie an die Primar- und Sekundarlehrer und an die Arbeitslehrerinnen betreffend Schulhausbau und Schulgesundheitspflege. (Vom 6. Dezember 1890.)

Die neue Verordnung betreffend Schulhausbau und Schulgesundheitspflege vom 31. Dezember 1890 enthält nur eine beschränkte Zahl allgemein gültiger Vorschriften, da die Verhältnisse in den zürcherischen Schulen zu Stadt und Land so mannigfaltig sind, dass den Gemeinden in den Einzelheiten freie Bewegung gestattet werden muss.

Hiebei erscheint es jedoch wünschbar, den untern Schulbehörden und Lehrern in verschiedenen Punkten noch spezielle Weisungen, Empfehlungen und Räte zu erteilen.

Erster Abschnitt. Bestimmungen betreffend Schulhausbau.

I. Schullokalitäten.

1. Quartierschulhäuser. In grössern Gemeinden, welche über die nötigen finanziellen Mittel verfügen, empfiehlt es sich, statt eines grossen Zentralschulhauses mehrere kleinere Schulhäuser in den verschiedenen Quartieren zu erstellen, da eine unverhältnismässige Anhäufung von Kindern in einem Hause immer mit gewissen Gefahren verbunden ist.

Wo indes die Ersparnis, welche mit grössern Bauten erzielt werden kann, da die gemeinsamen Räume (Examensäle, Lehrerzimmer, Sammlungsräume, Turnhallen, Abwartwohnung etc.) nur einmal erstellt werden müssen, den Ausschlag gibt zu Gunsten der Zentralschulhäuser, muss die Baute solid erstellt und die Aufsicht gut organisirt werden.

2. Lehrerwohnungen. Der Sanitätsrat des Kantons Zürich, welchem die Verordnung zur Prüfung unterbreitet wurde, ist nicht der Ansicht, dass mit dem Schulhause in der Regel eine Lehrerwohnung verbunden sein solle.

Das Gutachten des Sanitätsrates äussert sich folgendermassen:

„Es läge umgekehrt im sanitarischen Interesse der Schule, wie der Lehrerfamilie, wenn diese Ausnahme Regel wäre, teils um der Ansteckungsgefahr, teils um des regelmässigen Fortgangs der Schule willen. Die Konsequenz der Vereinigung unter demselben Dache ist, dass bei jeder in der Lehrerfamilie auftretenden infektiösen Krankheit die Schule während der Dauer derselben geschlossen werden muss, wenn nicht das kranke Kind entfernt werden kann, und dass die Kinder des Lehrers alle möglichen in die Schule eingeschleppten infektiösen Krankheiten durchzumachen haben. Es wäre daher jedenfalls ein besonderer Eingang für die Lehrerfamilie erforderlich.“

Mit Rücksicht auf diese Kundgebung wird der Erziehungsrat sich geneigt finden lassen, die aus besondern Gründen zulässigen Ausnahmen zu bewilligen, wenn bezügliche Gesuche gestellt werden (§ 84 des Unterrichtsgesetzes).

3. Abwartswohnungen. In Städten und grösseren Ortschaften werden statt der Lehrerwohnung die Räumlichkeiten für den Abwart ins Schulgebäude verlegt. In neuester Zeit hält man es namentlich mit Rücksicht auf epidemische Kinderkrankheiten indes für praktischer und ökonomischer, auch die Abwartswohnungen ausserhalb des Schulgebäudes zu verlegen, da die betreffenden Räumlichkeiten besser für Schulzwecke verwendet werden. Immerhin sollte der Abwart in unmittelbarer Nähe des Schulhauses wohnen. Hiebei wird darauf hingewiesen, dass die beim Bau von Arbeiterwohnungen gemachten Erfahrungen im Interesse von Ersparnissen zur Geltung gelangen können und dass die Abwartswohnung ganz wohl neben — nicht über — der Turnhalle unter dem gleichen Dache erstellt werden könne.

4. Abtrittanlagen. Aus sanitarischen Gründen ist es zu empfehlen, die Abtritte ausserhalb des Schulhauses zu erstellen. Die mit dieser Einrichtung an einzelnen Orten gemachten Erfahrungen widerlegen die gehegten Befürchtungen, dass der Gang aus dem Schulzimmer über den Hof für die Gesundheit nachteilig sei. Indes ist es nach den neueren Fortschritten der Bautechnik möglich,

die Abtritteinrichtungen auch innerhalb des Gebäudes anzubringen, ohne dass unangenehme Folgen zu befürchten sind (Klappensystem mit Wasserspülung).

Bei jeder Abtrittanlage ist erforderlich, dass die Abfallsröhre oder allfällige Senkgruben nicht aus Holz, sondern aus glasirtem Ton oder Steingut etc. erstellt werden. In städtischen Verhältnissen, wo man des Raumes wegen die Abtrittanlagen kaum getrennt vom Schulgebäude wird anbringen können, kommt ausser der zweckmässigen Anlage und Spüleinrichtung, insbesondere auch die fortwährende sorgfältige Aufsicht in Betracht, welche allfällige Unannehmlichkeiten in der Regel sofort zu beseitigen vermag.

5. Heizung und Ventilation. Es ist für die Gesundheit von Lehrern und Schülern notwendig, dass die Heizeinrichtung eine reine, gleichmässig verteilte, hinlänglich warme, aber nicht heisse Luft liefere.

In einfachen Verhältnissen bei sorgfältiger Behandlung und wo genügend Raum vorhanden ist, werden Kachelöfen ihren Dienst tun.

Gusseiserne, nur aus einfachem Gussmantel bestehende Öfen, welche die Hitze vom Feuer aufnehmen und direkt ins Zimmer abgeben, sind wegen Abgabe von Verbrennungsgasen an die Zimmerluft nicht zu empfehlen.

Zur Unterstützung der Heizung ist Zuführung frischer Luft erforderlich.

Für grössere Schulgebäude finden in der Regel zentrale Heizanlagen Verwendung. Die Technik bringt hier fortwährend Neuerungen, welche Verbesserungen bezwecken. Es finden sich in den neuern öffentlichen Gebäuden zur Zeit eine grössere Zahl von Zentralheizungen in Betrieb, über deren Vorteile ohne Schwierigkeit an Ort und Stelle Auskunft erhältlich ist.

Luft-, Warmwasser- und Dampfheizungen bedürfen immer einer rationellen Ventilationsvorrichtung für Zufuhr frischer und Abfuhr verbrauchter Luft.

6. Treppen. Da bei Anlegung der Treppen jeweilen die vorhandenen Verhältnisse (Zahl der auf einem Stockwerk unterzubringenden Kinder etc.) in Betracht fallen, kann nur die allgemeine Vorschrift erteilt werden, dass dieselben sicher, bequem und hell seien (§ 4 der Verordnung). Gerade Treppenläufe sind als einzig zulässig zu bezeichnen und gewundene Treppen oder gar Wendeltreppen zu vermeiden. Bei den erstern haben die einzelnen Tritte die gewöhnliche normale Breite, und die Auf- und Abwärtssteigenden können ausweichen, weil sie einander entgegenkommen und sich gegenseitig sehen.

Der Unart der Schulkinder, insbesondere der Knaben, auf dem Treppengeländer hinabzugleiten und sich dadurch der Gefahr des Fallens auszusetzen, kann durch Anbringen von soliden Metallknöpfen auf der Handleiste des Geländers in Abständen von zirka 1,5 m wirksam gesteuert werden.

7. Schulbänke. Bei Anfertigung der Schulbänke sind genaue Masstabellen wegen des richtigen Höhenverhältnisses der Bank zum Tisch zu Rate zu ziehen.

Die Schulbänke dürfen nicht zu niedrig sein und sind für die kleineren Schüler mit Fussbrettern zu versehen.

Die Platzbreite soll für kleinere Schüler 50, für grössere wenigstens 60 cm betragen.

Die Neigung der Tischplatte zur Horizontalen soll zirka 12° betragen.

Die Distanz soll mindestens 3 cm Minusdistanz sein, d. h. der horizontale Abstand des vorderen Randes der Sitzbank von der Senkrechten, welche vom Tischrand gefällt wird, soll mindestens 3 cm betragen.

Die Verwendung von Hartholz für den Tisch ist zu empfehlen; der Anstrich der Bänke hat sich der Naturfarbe des Holzes zu nähern.

Die gusseisernen Seitenschilde haben sich bewährt.

Es wird den Schulpflegen empfohlen, die Mustersammlung der schweiz. permanenten Schulausstellung im Rüden in Zürich bei Anschaffung neuer Bänke zu berücksichtigen.

8. Turnhallen. Die Turnlokalitäten können nicht im Schulgebäude untergebracht werden, da der durch die Turn- und Marschübungen erzeugte Lärm und die Erschütterungen jeden andern Unterricht stören würden. Es sind also möglichst einfache oder zweckmässig eingerichtete Turnhallen von zirka 20 m Länge, 10 m Breite und 6 m Höhe zu erstellen. Lohböden sind wegen des

unvermeidlichen Staubes verwerflich und harthölzerne Riemenböden, welche tüchtig und regelmässig geölt werden müssen, unbedingt erforderlich. Die Fenster sind etwa 1,5 m über dem Fussboden anzubringen und müssen ohne besondere Vorrichtung leicht geöffnet werden können. Zum Zwecke der Ventilation müssen Fensterflügel vorhanden sein.

Die festen Turngeräte (Reck, Klettergerüst, Leiter) werden am besten an der kürzern Seite und zwar in 3—4 m Entfernung von der Wand angebracht.

Jede Turnhalle muss mit einer Heizeinrichtung versehen sein. Bei nur einigermassen erträglicher Witterung ist das Turnen im Freien zu empfehlen.

Zweiter Abschnitt. Bestimmungen betreffend Schulgesundheitspflege.

I. Schüler.

1. Fürsorge für Nahrung und Kleidung. Die Lehrer haben darauf zu achten, dass die Schüler nicht in unordentlichen und zerrissenen Kleidern zur Schule kommen. Sollte es sich ergeben, dass ein Schüler einen seiner Entwicklung schädlichen Mangel an Nahrung leidet, oder wegen ungenügender Kleidung an seiner Gesundheit Schaden zu nehmen droht, so ist geeignete Abhülfe zu treffen.

An bezügliche Auslagen der Schulkasse wird ein Staatsbeitrag in Aussicht gestellt (Kreisschreiben des Erziehungsrates an die Gemeinde- und Sekundarschulpflegen betreffend Vorsorge für dürftige Schulkinder vom 18. Januar 1883).

2. Kinderkrankheiten. Wenn Schulkinder mit widerwärtigen, durch Geruch oder Entstellung des Gesichts etc. belästigenden Leiden behaftet sind, ist von der Schulpflege bei den Eltern auf ärztliche Behandlung zu dringen.

Ebenso sind die Eltern epileptischer Kinder zu veranlassen, die letztern wo möglich in entsprechenden Heilanstalten unterzubringen.

Bei herrschenden Kinderepidemien (Masern, Scharlach, Diphtheritis, Pocken, granulöse Augenentzündung etc.) ist Vorsorge zu treffen, dass erkrankte Kinder, oder Kinder, die in einer Haushaltung oder in Räumlichkeiten wohnen, wo solche Erkrankungen vorkommen, von der Schule ferngehalten werden. Dieselben sind erst nach Ablauf der Krankheit und nachdem die Gefahr der Ansteckung anderer Kinder durch das genesene Kind, sowie nach ausreichender Desinfektion der Wohnung und der Kleidung der Erkrankten und auf ärztliches Zeugnis hin wieder in die Schule aufzunehmen.

Bei den ansteckenden Hautausschlägen, wie bei Pocken, Scharlach, Masern ist der Wiederbesuch der Schule erst nach beendigter Abschuppung und nach wiederholten Bädern oder Waschungen des Kindes gestattet.

Hiebei ist zu empfehlen, dass die Gesundheitskommissionen und Schulpflegen sich über den zweckmässigen Modus der Durchführung verständigen.

Die vom Schulbesuch dispensirten Kinder sind auch ausserhalb der Schulstunden von Spielplätzen und von dem Verkehr mit andern Schulkindern fern zu halten, müssen jedoch öfters ins Freie geschickt werden.

3. Einreihung. Die Forderung verschiedener Banknummern macht alljährliche Messungen der Körperlängen der Schüler notwendig, welche wohl am richtigsten durch den Klassenlehrer unter Anwesenheit eines Mitgliedes der Schulpflege vorgenommen werden. Bei dem starken Wachstum einzelner Schüler wird auch in der Zwischenzeit die Einreihung in eine grössere Nummer nicht ausgeschlossen sein dürfen.

II. Unterricht.

1. Anordnung der Fächer. Bei Festsetzung des Lektionsplans ist darauf zu achten, dass Schreib- und Zeichnungsstunden, sowie weibliche Arbeiten möglichst auf die hellen Tagesstunden verlegt werden. An trüben Vor- oder Nachmittagsstunden ist es zulässig, unter Abweichung vom gewöhnlichen Stundenplan eine die Augen weniger anstrengende Betätigung der Schüler eintreten zu lassen. Bei Sonnenschein ist zu verhüten, dass die Augen blendendes und schwächendes Licht auf Bücher und Hefte falle; beim Schreiben an die Wandtafel sind die Buchstaben und Zahlen möglichst gross und deutlich zu machen.

Zum Schreiben ist weisses, glattes, nicht glänzendes Papier von guter Qualität zu verwenden. Dasselbe darf nur mit der nötigsten horizontalen Lineatur versehen sein. Die Doppellinien für die kleinen Buchstaben dürfen nicht weniger als 2,5—3 mm Distanz haben.

Handarbeiten, welche auf eine Entfernung von 30 cm nicht gemacht werden können, müssen als unzulässig bezeichnet werden.

In den Beschäftigungen der Schüler soll so viel als möglich ein planmässiger Wechsel von schwererer und leichterer Betätigung stattfinden. Während der Pausen ist darauf zu halten, dass die Schüler das Zimmer verlassen; bei Kälte oder Regen ist auch der Aufenthalt in den Korridoren zulässig. Bis zum Wiedereintritt der Schüler ist das Zimmer gehörig zu lüften.

Beim Gesangunterricht muss die Stimme vor Überanstrengung bewahrt werden. Im Stadium des Stimmwechsels sind die Knaben vom Singen zu dispensiren; sie sollen aber soweit möglich dem Unterrichte beiwohnen. In dem entsprechenden Entwicklungsstadium der Mädchen ist die Stimme zu schonen und nicht durch zu hohes Singen zu schädigen.

2. Körperhaltung. Eine richtige Konstruktion der Schulbänke wird es ermöglichen, dass der Lehrer mit der nötigen Aufmerksamkeit eine normale Körperhaltung der Schüler erzielen kann. Die letztere besteht darin, dass die ganze Tiefe des Sitzbrettes zum Sitzen verwendet, die untere Lendengegend gegen die Kreuzlehne angelehnt und die Füsse mit der ganzen Fläche auf den Boden gesetzt werden. Insbesondere ist zur Verhütung von Kurzsichtigkeit und Verkrümmung der Wirbelsäule zu vermeiden, dass beim Schreiben nur der vorderste Teil der Bank benutzt, der linke Ellbogen auf der Tischfläche vorgerückt und der Kopf nach vorn und links gebeugt werde. Beim Lesen soll der Schüler möglichst bald das Nachzeigen mit dem Finger verlassen und bei hinten angelehntem Oberkörper das Buch so halten, dass die Vorderarme auf dem Tisch aufliegen.

Die Bemühungen des Lehrers zur Erzielung einer richtigen Körperhaltung können im Einversändnis mit den Eltern, in schwierigen Fällen auch durch Verwendung von Geradehaltern (z. B. Schreibstütze von Sönnecken, Durchsichtsstativ von Kallmann) unterstützt werden.

Zur Ermöglichung einer angemessenen Körperhaltung während des Sitzens ist es auch notwendig, die Schüler während des Unterrichts von Zeit zu Zeit und insbesondere beim Aufsagen aufstehen zu lassen. Wo die Tische nicht aufgeklappt werden können, ist das Heraustreten aus den Bänken zu empfehlen.

Denjenigen Kindern, welche bei der ärztlichen Untersuchung als kurzsichtig, schwerhörig oder kränklich erfunden worden sind, muss betreffend Plazirung und Behandlung besondere Rücksicht getragen werden.

Das Tragen von Brillen sollte nur nach Einholung ärztlicher Vorschrift gestattet werden.

3. Körperliche Übungen. Neben den im Lehrplan dem Turnen gewidmeten Stunden, welche am zweckmässigsten in die übrigen Stunden eingereiht werden, ist den körperlichen Übungen der Schüler möglichste Sorgfalt zu widmen. Hiebei ist zu empfehlen, den Schülern während den Pausen und soweit möglich neben den Unterrichtsstunden Anleitung zum Spiel und zu andern körperlichen Übungen zu erteilen.

4. Hausaufgaben. Die Hausaufgaben sind tunlichst zu beschränken. Die häusliche Arbeit muss durch den Unterricht genau vorbereitet sein. Das oftmalige Abschreiben derselben Aufgabe als blosses Strafmittel ist unzweckmässig. Vom Vormittag bis Nachmittag desselben Tages dürfen keine Aufgaben gegeben werden; über Sonn- und Festtage, sowie über die Ferien sind nicht mehr Hausaufgaben zu geben als von einem Tag auf den andern. Wo mehrere Lehrer in derselben Klasse unterrichten, ist betreffend die Zahl, den Umfang und die gleichmässige Verteilung der Hausaufgaben eine Verständigung zu treffen.

5. Privatunterricht. Es ist unstatthaft, dass Schulkinder, welche aus Gesundheitsrücksichten von einzelnen Schulfächern dispensirt werden müssen,

Privatunterricht geniessen, der mit dem Schulunterricht nicht in näherer Verbindung steht. Schulbehörden und Lehrer werden eingeladen, den Eltern zu empfehlen, den Privatunterricht (Musik, Tanzen etc.) insbesondere auch für die Mädchen vom 9.—15. Altersjahre im Interesse der Gesundheit ihrer Kinder möglichst einzuschränken.

III. Schullokal.

1. Temperatur. In jedem Schullokal ist ein Thermometer zirka 1,5 m über dem Fussboden an einer Stelle anzubringen, deren Temperatur ungefähr als die mittlere des Zimmers gelten kann. Bei Ofenheizung sind die dem Ofen zunächstsitzenden Schüler vor der Ausstrahlung der Wärme zu schützen; ebenso ist zu verhüten, dass die Schüler im warmen Schulzimmer verweichlichende Hals- oder Kopftücher tragen.

Es bleibt dem Ermessen der Schulpflege anheimgestellt, bei grosser Hitze im Sommer, wenn die Temperatur im Schulzimmer Vormittags 10 Uhr über 25° C. steigt, an Stelle des Nachmittagsunterrichts Spaziergänge eintreten zu lassen.

2. Reinigung. Wenn in der Verordnung wöchentlich zweimalige Reinigung des Schulzimmers verlangt wird, so ist dies dahin zu verstehen, dass diese Anforderung unter allen Umständen zu erfüllen ist.

Hiebei ist der Erziehungsrat der Ansicht, dass diejenigen Gemeinden, welche eine häufigere, sogar tägliche Reinigung des Schulzimmers anordnen, ein erhöhtes Interesse für das Wohl ihrer Kinder an den Tag legen.

Dagegen ist die hie und da noch übliche Vornahme der Reinigung der Schulzimmer durch die Schulkinder als unzweckmässig zu bezeichnen und in keinem Falle zuzulassen.

IV. Umgebung des Schulhauses.

1. Turn- und Spielplatz. In der unmittelbaren Umgebung des Schulhauses muss abgesehen von dem durch eidgenössische Vorschrift verlangten Turnplatz genügender Raum für einen Spielplatz vorhanden sein, welcher gehörig in Stand zu setzen und in gutem Zustande zu erhalten ist.

2. Schulgarten. Wo die Verhältnisse es gestatten, ist auch die Anlegung eines Schulgartens für Unterrichtszwecke zu empfehlen.

---

9. 7. Verordnung des Regierungsrates betreffend Versäumnis des Unterrichts in der Volksschule des Kantons Zürich. (Absenzenordnung.) (§§ 54, 55, 58, 81, 82 und 113 des Unterrichtsgesetzes.) (Vom 8. November 1890.)

§ 1. Im Kanton Zürich beginnt die Schulpflicht der Kinder bei Eröffnung des Schulkurses desjenigen Jahres, in welchem dieselben vor dem 1. Mai das sechste Altersjahr zurückgelegt haben.

Von der Schulpflicht sind ausgenommen diejenigen Knaben und Mädchen, welche blos ganz vorübergehend im Kanton anwesend sind oder wegen körperlicher oder geistiger Schwäche von der Schulpflege für kürzere oder längere Zeit vom Schulbesuch dispensirt werden (§ 54 des Unt.-Ges.).

§ 2 Die Schulpflicht erstreckt sich nach Massgabe der in §§ 55 und 58 des Unterrichtsgesetzes enthaltenen Bestimmungen, beziehungsweise des Art. 63 der zürcherischen Verfassung vom 18. April 1869 und Art. 49 der Bundesverfassung vom 29. Mai 1874, wonach die Konfirmation nicht mehr als Grund für den Austritt aus der Schule gelten kann, bis zum Schluss desjenigen Schuljahres, in welchem der Schüler das 16. Altersjahr zurücklegt.

§ 3. Eltern, Pflegeeltern, Vormünder, Dienstherren, überhaupt die Besorger der schulpflichtigen Kinder sind für den regelmässigen Schulbesuch derselben verantwortlich.

§ 4. Das Versäumnis eines halben Schultages oder einer Singschulstunde, sowie dreimaliges unentschuldigtes Zuspätkommen um mehr als eine Viertelstunde gilt als eine Absenz.

§ 5. Für die Alltags-, Ergänzungs-, Arbeits-, Sing- und Sekundarschule bestehen gesonderte Absenzenverzeichnisse.

Die Absenzen der Ergänzungsschüler in der Singschule fallen in das Verzeichnis der letztern.

§ 6. Die Absenzen werden nach jedem halben Schultag oder jeder Singschulstunde vom Lehrer (Lehrerin) entweder als strafbar (0) oder als entschuldigt (-0-) eingetragen.

§ 7. Als strafbar ist jede Absenz anzusehen, welche nicht vorher bewilligt oder nachher am gleichen oder nächstfolgenden Schultage genügend entschuldigt worden ist.

§ 8. Als Entschuldigungsgrund für Absenzen gilt nur eine dringende Abhaltung des Schülers, wie Krankheit desselben, aussergewöhnliche Ereignisse in der Familie, äusserst schlechte Witterung.

§ 9. Bei Bewilligung von Absenzen, welche bis auf zwei Tage der Lehrer, für längere Zeit die Schulpflege (§ 24) unter schriftlicher Anzeige an den Lehrer erteilt, und bei Annahme von Entschuldigungen soll die grösste Gewissenhaftigkeit beobachtet und eine Absenz nur dann nicht als strafbar betrachtet werden, wenn die Entschuldigung eine wirklich genügende ist.

Den Schulpflegen wird eine diesfällige genaue Aufsicht zur besondern Pflicht gemacht.

§ 10. Erzeigt sich bei näherer Untersuchung verdächtiger Angaben der vorgebliche Entschuldigungsgrund als unwahr, so hat die Schulpflege je nach Umständen mit Verweis oder Ordnungsbusse einzuschreiten.

§ 11. Gegen die in § 3 genannten Personen wendet die Schulpflege für strafbare Absenzen der Kinder folgende Strafmittel an:

1. schriftliche Mahnung (wo dies zweckmässig erscheint, kann sie mit persönlicher Vorladung vertauscht werden);
2. Androhung von Polizeibusse;
3. Polizeibusse von 3 bis 15 Fr.;
4. falls das Bussenmaximum erschöpft ist, Verzeigung beim Statthalteramt behufs Vorgehens wegen Ungehorsam.

§ 12. Alle Anzeigen an die Eltern oder Besorger sind doppelt auszufertigen; das eine Exemplar bleibt in deren Händen, das andere ist mit der Bescheinigung der Einsichtnahme durch den Besorger des Schülers der Schulpflege zurückzustellen. Verweigerung dieser Bescheinigung hat Ordnungsbusse von 3 bis 15 Fr. zur Folge.

§ 13.

	Für die Alltags- und Sekundarschule	Ergänzungs-, Sing- und Arbeitsschule
erfolgt Mahnung bei	3	2
Bussenandrohung bei	6	4
Busse bei	9	6

strafbaren Absenzen, die im laufenden Schuljahre gemacht wurden.

Nach der ersten Busse erfolgt bei drei weitern strafbaren Absenzen eines Primar- und Sekundarschülers, nach zwei solchen eines Ergänzungs- und Singschülers die zweite und nach ebensoviel weitern Absenzen die dritte Polizeibusse, welche Fr. 15 betragen soll.

Nach der dritten Polizeibusse hat auf Mitteilung der Schulpflege das Statthalteramt eine Verfügung zu erlassen, in welcher für den Fall weiterer unentschuldigter Schulversäumnisse Überweisung an die Gerichte wegen Ungehorsams (§ 80 des Strafgesetzbuches) angedroht wird.

Die Überweisung an die Gerichte erfolgt, nachdem weitere drei resp. zwei unentschuldigte Absenzen aufgelaufen sind.

§ 14. Der Lehrer gibt von der Straffälligkeit sofort der Schulpflege Kenntnis, und diese macht ihm von der verhängten Strafe Mitteilung zum Zwecke der Eintragung im Absenzenverzeichnis, Rubrik Bemerkungen.

§ 15. Bei Änderung des Wohnortes erhalten die Kinder ein Entlassungszeugnis, in welchem auch die entschuldigten und die unentschuldigten Absenzen des laufenden Schuljahres verzeichnet sind.

Das Entlassungszeugnis ist am neuen Schulort bei der Anmeldung vorzuweisen.

Verlässt ein Kind den Kanton, so wird das Entlassungszeugnis der Schulpflege des neuen Wohnortes amtlich zugestellt.

Die am frühern Schulort innerhalb des Kantons gemachten Absenzen werden am neuen Schulort angerechnet (§ 13).

§ 16. Wird von Seite des Besorgers eines schulpflichtigen Kindes die Anmeldung im neuen Wohnort ohne genügende Entschuldigung länger als 4 Tage verzögert, so ist mit Ordnungsbusse dagegen zu verfahren.

§ 17. Die Gemeindräte haben behufs Sicherung des Schulbesuches dafür zu sorgen, dass den Schulpflegen vom Einzug schulpflichtiger Kinder, sowie vom Wegzuge solcher sofort Mitteilung gemacht wird.

§ 18. Die Auflegung von Polizeibussen ist den Gebüssten mit der Bemerkung zur Kenntnis zu bringen, dass binnen 10 Tagen von der Mitteilung an bei der die Busse verhängenden Schulbehörde die gerichtliche Beurteilung verlangt werden könne, Stillschweigen dagegen als Anerkennung aufgefasst würde. Diese Mitteilung hat im Doppel und gegen Empfangschein zu erfolgen.

§ 19. Wird die Polizeibusse nicht anerkannt, so überweist die Schulpflege innerhalb 4 Tagen nach Ablauf jener 10 Tage ihren Entscheid nebst allfälligen Akten dem Bezirksgerichte.

§ 20. Die Ordnungsbussen betragen 1 bis 15 Fr. Innerhalb 10 Tagen von der schriftlichen Mitteilung an kann gegen die verhängte Ordnungsbusse an die vorgesetzte Behörde rekurrirt werden. Diese entscheidet letztinstanzlich.

§ 21. Rechtskräftige Polizei- und Ordnungsbussen sind, falls die Zahlung länger als 14 Tage ausbleibt, mittelst des Rechtstriebes einzufordern.

§ 22. Nichterhältliche Bussen werden nach Vorschrift des § 1060 des Gesetzes betreffend die Rechtspflege in Verhaft umgewandelt.

§ 23. Die erhältlichen Bussen fallen in die Schulkasse.

§ 24. Die Schulpflegen können die Besorgung des Absenzenwesens engern Kommissionen oder einzelnen Mitgliedern übertragen.

In der nächsten Sitzung sind jedoch der Schulpflege die erlassenen Verfügungen mitzuteilen.

§ 25. Die Bezirksschulpflegen überwachen die Vollziehung dieser Vorordnung, namentlich durch das Mittel der Visitatoren der einzelnen Schulen.

§ 26. Die Formulare für die nötigen Anzeigen (§ 12) und für das Entlassungszeugnis (§ 15) können beim kantonalen Lehrmittelverlag bezogen werden.

§ 27. Die gegenwärtige Verordnung, durch welche alle frühern dieser widersprechenden Verordnungen aufgehoben werden, tritt sofort in Kraft.

Dieselbe wird den Statthalterämtern und Gemeindräten, sowie den Bezirks-, Sekundar- und Gemeindeschulpflegen und den sämtlichen Lehrern und Lehrerinnen mitgeteilt.

---

10. 8. **Lehrpläne für die Gemeinde- und Fortbildungsschulen des Kantons Aargau.**

(Verordnung des Regierungsrates vom 8. April 1890.)

I. Verteilung des Lehrstoffes auf die einzelnen Klassen.

A. Für die acht Klassen der Gemeindeschule.

1. Religionsunterricht.

I. und II. Klasse. Vor- und Nacherzählen leichtfasslicher biblischer und geschichtlicher Erzählungen, mit Erläuterungen und Belehrungen fürs sittliche Leben.

III., IV., V. und VI. Klasse. *a.* Auswahl biblischer Geschichten des alten und neuen Testaments. *b.* Erklärungen und Auswendiglernen religiöser Gedichte und Lieder.

Anmerkung. Die Gemeindeschule umfasst acht Schuljahre (acht Klassen); die Fortbildungsschule besteht aus zwei oder drei Klassen mit einjährigem Kurs. Die in diese eintretenden Schüler haben sich in einer Aufnahmsprüfung über eine vollständige Aneignung der für die V. oder bei zweiklassigen Fortbildungsschulen der für die VI. Gemeindeschulklasse geforderten Kenntnisse auszuweisen.

VII. und VIII. Klasse. *a.* Eingehendere Behandlung des Lebens und der Lehre Jesu. *b.* Die wichtigsten Sätze der allgemeinen Sittenlehre.

2. Sprachunterricht.

I. Klasse. *a.* Anschauen und Beschreiben von Gegenständen in Schule, Haus und Umgebung; Vortrag kleinerer Erzählungen durch den Lehrer. *b.* Vorbereitende Sprech- und Schreibübungen für das Schreiblesen. *c.* Durcharbeitung der Fibel mit Benutzung der Wandtafel und Lesetabellen. *d.* Übungen im Niederschreiben diktirter Wörter. *e.* Auswendiglernen von Sprüchen und Gedichten aus der Fibel.

II. Klasse. *a.* Fortsetzung der Sprech- und Sprachübungen im Anschlusse an Gegenstände der Anschauung, an Bilder und an Erzählungen. *b.* Richtig lautirtes Lesen nach dem Lesebuche, Übungen im Buchstabiren und Syllabiren zum Zwecke der Rechtschreibung. *c.* Besprechung des Gelesenen in der Mundart und Schriftsprache. *d.* Abschreiben des Gelesenen, Bildung kleiner Sätze über bekannte, im Unterrichte behandelte Gegenstände. *e.* Übungen im Niederschreiben kleiner Sätze. *f.* Auswendiglernen von Sprüchen und Gedichten aus dem Lesebuche.

III. Klasse. *a.* Richtig lautirtes und betontes Lesen nach dem Lesebuche, Fortsetzung der Sprech- und Sprachübungen, fortgesetzte Buchstabir- und Diktirübungen zum Zwecke der Rechtschreibung, der Interpunktion und der richtigen Aussprache. *b.* Wiedergabe des Gelesenen in Mundart und Schriftsprache. *c.* Kenntnis der Geschlechtswörter, Dingwörter (Einzahl und Mehrzahl), Eigenschaftswörter und Tätigkeitswörter mit Anwendung in entsprechenden einfachen Sätzen. *d.* Beschreibungen von Naturgegenständen, Gerätschaften und Beschäftigungen der Menschen nach dem Lesebuche mündlich und schriftlich; Nachschreiben leichter Erzählungen. *e.* Auswendiglernen, Vortragen und Niederschreiben des Auswendiggelernten.

IV. Klasse. *a.* Lesen und Erklären der entsprechenden Abschnitte des Lesebuches; Einübung der lateinischen Druckschrift. *b.* Mündliche Wiedergabe des Gelesenen. *c.* Übungen in der Wortbiegung (Dingwort, Eigenschaftswort, Tätigkeitswort mit Rücksicht auf seine Hauptzeiten, persönliche Fürwörter); Alles mit Anwendung in entsprechenden einfachen und zusammengesetzten Sätzen. *d.* Schriftliche Übungen im Anschlusse an litt. *a* und *b*; Beschreibungen und Übungen in der schriftlichen Wiedergabe kleiner Erzählungen. *e.* Der sprachliche Anschauungsunterricht hat sich auf die geographischen Verhältnisse der Heimatgemeinde und auf einzelne Naturgegenstände auszudehnen. *f.* Fortgesetzte Diktirübungen wie in der III. Klasse. *g.* Auswendiglernen von Lesestücken und Vortragen des Gelernten.

V. Klasse. *a.* Fortgesetzte Übungen im Lesen mit gesteigerter Forderung an Fertigkeit, Richtigkeit, Betonung und Verständnis. *b.* Mündliche Wiedergabe des Gelesenen. *c.* Der Anschauungsunterricht erweitert sich auf die Umgebung der Heimatgemeinde: Kreis, Bezirk, Kanton. *d.* Sprachlehre: Kenntnis der Wortarten, das Notwendigste aus der Wortbildungslehre, Wortbiegung; der einfache Satz mit Erweiterungen. *e.* Schriftliche Übungen im Anschlusse an lit. *a* und *c*, Umschreibungen, Vergleichungen, Übungen in der Wiedergabe von Erzählungen und Nachbildungen; Anleitung und Übung im Briefschreiben. *f.* Diktirübungen. *g.* Auswendiglernen und Vortragen passender Lesestücke.

VI. Klasse. *a.* und *b.* Wie bei der V. Klasse. *c.* Sprachlehre: Ableitung und Zusammensetzung der Wörter, Wortbiegung, der erweiterte und zusammengezogene Satz. *d.* Beschreibungen und Vergleichungen, Erzählungen, Zusammenziehungen, Briefe und Diktirübungen. *e.* Auswendiglernen und Vortragen passender Lesestücke und Liedertexte.

VII. und VIII. Klasse. *a.* Fortgesetzte Übungen im ausdrucksvollen Lesen. *b.* Mündliche Wiederbabe des Gelesenen. *c.* Sprachlehre: Wiederholung und Ergänzung des früher Behandelten aus der Wort- und Satzlehre; Satzverbindung und Satzgefüge; Fortsetzung der Wortbildungslehre. *d.* Schriftliche Darstellung des Gelesenen; Aufsätze über Gegenstände aus der Erfahrung und

dem Anschauungskreise der Schüler, Briefe und Geschäftsaufsätze. *e.* Nötigenfalls Diktirübungen. *f.* Auswendiglernen und Vortragen von Lesestücken und Liedertexten.

3. Rechnen.

I. Klasse. Übungen zur Auffassung der ersten Zahlenbegriffe, Rechnen im Zahlenraum bis 100 in stufenmässiger Folge, mündlich und schriftlich mit Benutzung geeigneter Veranschaulichungsmittel, Anwendung der Operationszeichen: + — =

II. Klasse. Mündliches und schriftliches Rechnen im Zahlenraum bis 100 mit Anwendung der Operationszeichen: + — × : =

III. Klasse. *a.* Erweiterung des Zahlenraumes im Zu- und Abzählen bis 1000. *b.* Vollständige Einübung des Einmaleins. *c.* Mündliche Übungen im Multipliziren und Dividiren bis 200; schriftliche Übungen im Multipliziren und Dividiren mit 1- und 2stelligem Multiplikator und Divisor. *d.* Kenntnis der gebräuchlichsten schweizerischen Münzen, Masse und Gewichte.

IV. Klasse *a.* Erweiterung des Zahlenraumes bis 10,000. *b.* Einübung der 3 ersten Spezies. Division mit 1- bis 3stelligem Divisor. *c.* Mündliche und schriftliche Lösung von Beispielen aus allen vier Grundrechnungsarten in unbenannten und benannten Zahlen. *d.* Wie Klasse III mit Erweiterungen.

V. Klasse. *a.* Wiederholung und Einübung der 4 Grundrechnungsarten im Zahlenraum bis auf die Stelle der Millioner mit unbenannten und benannten Zahlen. *b.* Anschauliche Erklärung des Bruchbegriffes; Anfänge des Dezimalbruchrechnens; Erweiterung des Zahlenraumes nach abwärts. *c.* Abschliessende Kenntnisse der gebräuchlichsten schweizerischen Münzen, Masse und Gewichte.

VI. Klasse. *a.* Weitere Einübung des Dezimalbruches in allen 4 Spezies mit unbenannten und benannten Zahlen. *b.* Anfänge im anschaulichen Rechnen mit gemeinen Brüchen. *c.* Dreisatz-, Zins- und Verteilungsrechnungen.

VII. Klasse. *a.* Wiederholung des Dezimalbruchrechnens und des Rechnens mit gemeinen Brüchen; Verwandlung derselben in Dezimalbrüche und umgekehrt. *b.* Fortsetzung der angewandten Rechnungen. *c.* Beispiele über Rechnungsstellung (Nötli); einfache Vereinsrechnungen; Inventar.

VIII. Klasse. *a.* Aufgaben aus dem Gebiete der Dreisatz-, Zins-, Prozent-, Verteilungs-, Gewinn- und Verlustrechnungen; Vielsatz. Anwendung des gewöhnlichen wie des Dezimalbruches. *b.* Beispiel eines Kassa- und Haushaltungsbuches.

4. Geometrische Formenlehre.

VII. Klasse. *a.* Geometrische Vorbegriffe: Punkt, Linie, Winkel, Dreieck, Viereck und Würfel. *b.* Längen und Flächenberechnung, Berechnung des Würfels.

VIII. Klasse. *a.* Kreislinien und Kreisflächen, senkrechte Prismen, Cylinder und Pyramiden. *b.* Messungen und Berechnungen im gleichen Umfange. In beiden Klassen Eintragen von bezüglichen Rechnungen und erklärenden Zeichnungen in die Reinhefte.

5. Geographie.

VI. Klasse. *a.* Skizzenartige, kartographische Darstellung der Heimatgemeinde, des Bezirks und Kantons und einlässlichere Beschreibung des letztern. *b.* Die Schweiz: Lage, Grenzen, Grösse, Flussgebiete mit den Hauptflüssen und den wichtigsten Nebenflüssen, Seen und Tälern; die wichtigsten Bergketten, Berggruppen und Alpenübergänge.

VII. Klasse. *a.* Kurze Beschreibung der einzelnen Kantone nach Lage, Grenzen, Grösse, Fluss- und Gebirgsverhältnissen, ihrer Topographie, Sprache, Konfession und ihren Erwerbsverhältnissen. *b.* Europa in übersichtlicher Behandlung mit besonderer Berücksichtigung der Nachbarländer der Schweiz. *c.* Wiederholung des Stoffes der VI. Klasse.

VIII. Klasse. *a.* Gruppenweise Zusammenfassung der Schweizerkantone nach ihren physikalischen und sprachlichen Verhältnissen. *b.* Übersichtliche Be-

handlung der aussereuropäischen Erdteile mit besonderer Berücksichtigung Amerika's. *c.* Wiederholung des Unterrichtsstoffes der VI. und VII. Klasse.

6. Geschichte.

VI. Klasse. Erzählungen aus der Schweizergeschichte in chronologischer Reihenfolge von Beginn des Schweizerbundes an. Bund der acht alten Orte; Appenzellerkriege; Erorberung des Aargau's; Züricherkrieg.

VII. und VIII. Klasse. Die wichtigsten Ereignisse aus dem Burgunder- und Schwabenkriege; der 13 örtige Bund; die Reformation; Kappeler- und Villmergerkriege und der Bauernkrieg. Übersichtliche Behandlung der schweiz. Staatsverhältnisse vor der französischen Revolution; Untergang der alten Eidgenossenschaft; die Helvetik; die Mediation. Für die achte Klasse eine Stunde im Winter: Entwicklung der politischen Verhältnisse seit 1815.

7. Naturkunde.

VI. Klasse. Beschreibung von Naturgegenständen aus allen drei Reichen: Kulturgewächse, Giftpflanzen, für den Haushalt der Menschen wichtige Tiere (Tierschutz) und Mineralien.

VII. Klasse. Allgemeine Übersicht der drei Naturreiche mit Zugrundlegung einzelner Repräsentanten derselben.

VIII. Klasse. *a.* Belehrungen über den menschlichen Körper mit besonderer Rücksichtnahme auf die Gesundheitslehre. *b.* Belehrungen über Stoffe und Erscheinungen an leblosen Körpern (Wasser, Luft, Barometer und Thermometer, Pumpen, Anwendung von Magnetismus und Elektrizität).

8. Freihandzeichnen.

III. Klasse. Erste Zeichenübungen auf der Schiefertafel. Die gerade Linie, deren Ausbildung mit freier Hand und deren Anwendung. Anschauliche Begriffe von Linie, Winkel, Fläche etc. und die Zusammenstellung geradliniger Figuren.

IV. Klasse. Zeichenübung auf dem Papier. Wiederholung der geradlinigen Aufgaben mit geeigneter Steigerung. Gerad- und übereckstehende Quadrate, deren Teilung zu Bandverschlingungen und Sternfiguren.

V. Klasse. Fortsetzung der geradlinigen Übungen im Zeichnen von Zickzacklinien zu laufenden und steigenden Bändern, Mäander und mäandrische Verzierungen.

VI. Klasse. Das gleichseitige Dreieck; Teilung seiner Seiten und darauf sich gründende Figuren. Das regelmässige Sechs- und Achteck. Der Kreis, der Halb- und Viertelskreis. Teilung des Kreises und bezüglicher Figuren.

VII. Klasse. Geometrische Ornamente mit Geraden- und Kreisbogenlinien; Bandverschlingungen laufend und steigend; Rosetten und stilisirte Blattformen.

VIII. Klasse. Ornamente auf freier Grundlage nach dem eingeführten Tabellenwerk. Leichte Kolorirübungen mit Erklärungen aus der Farbenlehre.

9. Schreiben.

I. Klasse. Die Anfänge des Schreibunterrichtes fallen mit dem sprachlichen Fache und der Durcharbeitung der Fibel zusammen und sollen mit besonderer Sorgfalt betrieben werden.

II. Klasse. Anfänge mit dem Schreiben auf Papier mit Doppellinien.

III. Klasse. *a.* Fortgesetzte Übungen auf dem Papier (Doppelliniatur). *b.* Arabische Ziffern.

IV. Klasse. *a.* Fortgesetzte Übungen in der deutschen Kurrentschrift; Anfänge in der französischen Kurrentschrift. *b.* Weitere Übung der arabischen Ziffern.

V. und VI. Klasse. *a.* Fortgesetzte Übungen in deutscher und französischer Kurrentschrift, in der französischen Kurrentschrift V. Klasse nach Doppelliniatur und in der VI. Klasse nach einfacher Liniatur. *b.* Einübung der römischen Ziffern.

VII. und VIII. Klasse. *a.* Fortgesetzte Übungen in der deutschen und französischen Kurrentschrift, für fähigere Schüler auch in der Rundschrift. *b.* Eintragung von Geschäftsaufsätzen und Beispielen aus der Rechnungsführung in Reinhefte und zwar in deutscher und französischer Schrift.

10. Gesang.

I. und II. Klasse. *a.* Vor- und Nachsingen einzelner Töne in der Sprechtonlage des Kindes mit Vokalen, Umlauten, Doppellauten, Sylben und Wörtern, behufs Weckung des Gehörs, Bildung der Aussprache und Entwicklung der Stimme. *b.* Einübung kleiner einstimmiger Liedchen. *c.* Bewusstes Unterscheiden (Treffen) der drei ersten Töne der Dur-Tonleiter und schriftliche Darstellung derselben durch den Lehrer.

III. Klasse. *a.* Unterscheidung und Übung der ersten sechs Töne der Dur-Tonleiter. *b.* Vorführung der einfachsten Taktarten, Noten- und Pausenwerte. *c.* Bewusstes Singen der den rhythmisch-melodischen Vorübungen entsprechenden Lieder.

IV. Klasse. *a.* Fortgesetzte Treffübungen im Umfang einer Oktave an Hand melodisch-rhythmischer Übungen. *b.* Singen der diesen melodisch-rhythmischen Übungen entsprechenden einstimmigen Lieder.

V. Klasse. *a.* Versetzung (Transposition) des Grundtones auf verschiedene Stufen. *b.* Fortgesetzte Übung im Treffen und Singen melodisch-rhythmischer Sätze mit gesteigerten Anforderungen. *c.* Einführung des zweistimmigen Gesanges. *d.* Einführung der wichtigsten chromatischen Zwischentöne, besonders der erhöhten IV. Tonstufe. *e.* Einübung ein- und zweistimmiger Lieder, wobei jeder Schüler sowohl erste als zweite Stimme lernen soll.

VI. Klasse. *a.* Einübung der absoluten Tonnamen. *b.* Einübung einer Auswahl leichterer Übungen. *c.* Erklärung, Bildung und Einübung von Dur-Tonleitern. *d.* Einüben und Auswendiglernen ein- und zweistimmiger Lieder.

VII. und VIII. Klasse. *a.* Fortgesetztes Singen von schwierigern Übungen aus dem Gesanglehrmittel. *b.* Bildung und Erklärung der Moll-Tonleiter. *c.* Einüben und Auswendiglernen ein- und zweistimmiger Lieder.

11. Turnen.

III. bis VIII. Klasse. Übungen nach den speziellen Jahresprogrammen.

B. Fortbildungsschule.

1. Religion.

I. Klasse. Eine Auswahl biblischer Geschichten des alten und neuen Testamentes.

II. und III. Klasse. Übersichtliche Behandlung der alt- und neutestamentlichen Geschichte. In allen drei Klassen Behandlung und Auswendiglernen religiöser Lieder. Allgemeine Sittenlehre.

2. Deutsche Sprache.

I. Klasse. *a.* Richtiges und ausdrucksvolles Lesen; Erklären des Inhaltes und der sprachlichen Formen des Lesestoffes. *b.* Die Wortarten und ihre Biegung; Ableitung und Zusammensetzung der Wörter; die Lehre vom einfachen

---

Bemerkung. In Fortbildungsschulen mit nur zwei Klassen schliesst sich sämtlicher Unterricht mit Ausnahme des französischen Sprachunterrichtes an denjenigen der VI. Gemeindeschulklasse an und beginnt also mit dem Pensum der II. Klasse, im Französischen dagegen mit demjenigen der I. Klasse.

und erweiterten Satze. *c.* Schriftliche Wiedergabe von Erzählungen, Beschreibungen und Vergleichungen; Umbildung von Lesestücken; einfache Briefe. Alles nach vorangegangener Besprechung. *d.* Übungen im Rechtschreiben (Diktate). *e.* Behandlung und Auswendiglernen passender Lesestücke und Liedertexte.

II. Klasse. *a.* Lesen und Erklären wie in Klasse I. *b.* Die Lehre vom zusammengezogenen und zusammengesetzten Satz. *c.* Schriftliche Behandlung von Stoffen aus dem Realunterrichte (Übungen im Zusammenziehen); Aufsatz: Erzählungen, Beschreibungen, Vergleichungen, Briefe im Anschluss an das tägliche Leben. *d.* Geschäftsaufsätze nach gegebenen Beispielen. *e.* Wie bei Klasse I.

III. Klasse. *a.* Lesen und Erklären wie bei Klasse I. *b.* Wiederholung der Sprachlehre; der verkürzte Satz; Übungen im Analysiren. *c.* Aufsätze wie bei der II. Klasse mit gesteigerten Forderungen. *d.* Fortsetzung der Geschäftsaufsätze. *e.* Wie bei Klasse I.

3. Französische Sprache.

I. Klasse. *a.* Übungen in der Aussprache. *b.* Formenlehre des Artikels, Substantivs, Adjektivs, Pronomens und der Hülfsverben. *c.* Mündliche und schriftliche Anwendung des Gelernten in einzelnen Übungssätzen. *d.* Auswendiglernen der in den Übungsstücken vorkommenden Vokabeln.

II. Klasse. *a.* Lesen geeigneter Lesestücke. *b.* Die regelmässigen Konjugationen; das reflexive Verbum. *c.* Mündliche und schriftliche Anwendung des Gelernten an den Übungssätzen; Übersetzung leichter zusammenhängender französischer Lesestücke; Retrovertiren. *d.* Diktirübungen *e.* Auswendiglernen der Vokabeln, einzelner Sätze und Redensarten.

III. Klasse. *a.* Wie in Klasse II. *b.* Die Konjugation der gebräuchlichsten unregelmässigen Verben und Wiederholung des früher Behandelten; die wichtigsten Regeln der Syntax und der Wortfolge. *c.* Mündliche und schriftliche Anwendung des Gelernten; fortgesetzte Übungen im Übersetzen zusammenhängender französischer Lesestücke, Retrovertiren derselben. *d.* Diktirübungen. *e.* Auswendiglernen der Vokabeln und kleiner Übungsstücke.

4. Rechnen.

I. Klasse. *a.* Wiederholung der vier Spezies in unbenannten und benannten Zahlen; Dezimalbruchlehre. *b.* Angewandte Aufgaben mündlich und schriftlich: Dreisatz-, Zins- und Verteilungsrechnungen.

II. Klasse. *a.* Wiederholung der Dezimalbruchlehre; Kenntnis der gemeinen Brüche und deren Umwandlung in Dezimalbrüche und umgekehrt. *b.* Mündliche und schriftliche Aufgaben aus dem praktischen Leben, Zins- und Dreisatzrechnungen, Vielsatz. *c.* Beispiele über die Rechnungsstellung; Anlage eines Kassa- und Haushaltungsbuches.

III. Klasse. *a.* Übungen im Rechnen mit Dezimal- und gemeinen Brüchen. *b.* Bürgerliches und kaufmännisches Rechnen: Zinsrechnungen; einfachere Prozent-, Gesellschafts- und Mischungsrechnungen; Wechsel und Wechselrechnungen. *c.* Kenntnis der wichtigsten fremdländischen Münz-, Mass- und Gewichtsverhältnisse. *d.* Beispiel einer durchgeführten einfachen Buchführung.

5. Geometrische Formenlehre.

II. Klasse. *a.* Geometrische Vorbegriffe: Punkt, Linie, Winkel, Dreiecke, Vielecke und Würfel. *b.* Längen- und Flächenberechnung; Berechnung des Würfels.

III. Klasse. Kreislinien und Kreisflächen. Behandlung der Hauptkörperformen, als: Würfel (repetirt), Prismen, Cylinder, Pyramiden, Kegel und Kugel nebst den ihnen verwandten Körperformen. — In beiden Klassen bezügliche Vermessungen, Berechnungen und Anfertigung einfacher Pläne, Gebrauch von Kette, Messstäben und Kreuzscheibe.

6. *Geographie.*

I. Klasse. *a.* Skizzenartige, kartographische Darstellung der Heimatgemeinde, des Bezirks und Kantons und einlässlichere Beschreibung des letztern. *b.* Die Schweiz: Lage, Grenzen, Grösse, Flussgebiete mit den Hauptflüssen und den wichtigsten Nebenflüssen, Seen und Tälern; die wichtigsten Bergketten, Berggruppen und Alpenübergänge. *c.* Kennntnis der Schweizerkantone nach ihrer Lage, ihren Hauptorten und Sprachverhältnissen.

II. Klasse. *a.* Beschreibung der einzelnen Kantone. *b.* Europa in übersichtlicher Behandlung; einlässlichere Beschreibung der Nachbarländer der Schweiz.

III. Klasse. Beschreibung der aussereuropäischen Weltteile in übersichtlicher Darstellung. Einige einfache und fassliche Belehrungen aus der mathematischen Geographie.

7. *Geschichte.*

I. Klasse. Darstellung der wichtigsten Ereignisse der Schweizergeschichte in chronologisch geordneten Erzählungen von der Entstehung des Schweizerbundes bis und mit der Reformation.

II. Klasse. Fortsetzung der Schweizergeschichte in gleicher Behandlung wie bei der I. Klasse bis zur Gegenwart mit Hervorhebung der Verfassungsänderungen im 19. Jahrhundert. Wiederholung des früher Gelernten.

III. Klasse. Ausgewählte Partien der allgemeinen Geschichte, besonders der neuern Zeit, soweit möglich mit Bezugnahme auf die vaterländische Geschichte.

8. *Naturkunde.*

I. Klasse. Beschreibung von Repräsentanten aus den drei Naturreichen; daran anschliessend Übersicht und Klassifikation derselben.

II. Klasse. Einlässlichere Behandlung der Pflanzen und Tiere in Beziehung auf deren Nutzen und Schaden (Tierschutz) und mit möglichster Berücksichtigung des Gartenbau's, des Obstbau's und der Pflege und Behandlung der Haustiere.

III. Klasse. *a.* Das Fasslichste und Notwendigste über den Bau und die Verrichtungen des menschlichen Körpers mit besonderer Rücksicht auf die Gesundheitslehre. *b.* Belehrungen über die wichtigsten physikalischen und chemischen Erscheinungen mit Erklärungen über die bezüglichen Apparate, Instrumente und mechanischen Werke.

9. *Freihandzeichnen.*

I. Klasse. Geometrische Ornamente mit Geraden- und Kreisbogenlinien, Bandverschlingungen, laufend und steigend. Rosetten und stilisirte Blattformen.

II. Klasse. Ornamente auf freier Grundlage nach den eingeführten Lehrmitteln.

III. Klasse. Perspektivisches Freihandzeichnen nach Körpermodellen, z. B. Würfel, Prismen, Pyramiden, Cylinder, Kugel, Postamente, zunächst einzelne, dann in Gruppen. Zeichnen nach gewerblichen Gegenständen. Die Übungen, welche nur in Umrissen gezeichnet werden sollen, begleiten Erklärungen aus der malerischen Perspektive. (Empirische Behandlung.)

10. *Schreiben.*

I. Klasse. Übungen in der deutschen und englischen Kurrentschrift, sowie Schreiben der arabischen Ziffern.

II. und III. Klasse. *a.* Rundschrift. *b.* Eintragung der Geschäftsaufsätze und der Buchhaltung in Reinhefte, wobei beide Schriften in Anwendung zu bringen sind.

11. *Gesang.*

I., II. und III. Klasse. Übungsstoff wie bei der VI. bis VIII. Gemeindeschulklasse.

12. *Turnen.*

I., II. und III. Klasse. Übungen nach den speziellen Jahresprogrammen für Gemeindeschulen (Oberstufe).

II. Verteilung der Schulzeit auf die einzelnen Unterrichtsfächer.

A. Gemeindeschule (Sommer und Winter).

Klasse	Religion		Sprache		Rechnen		Geometr. Formenlehre		Geographie		Geschichte		Naturkunde		Zeichnen		Schreiben		Gesang		Turnen		Total	
	S.	W.	S.	W.	S.	W.	S.	W.	S.	W.	S.	W.	S.	W.	S.	W.	S.	W.	S.	W.	S.	W.	S.	W.
I.	2		10	12	3	4	—		—		—		—		—		—		1		—		16	19
II.	2		8	10	3	4	—		—		—		—		—		2		1		—		16	19
III.	1	2	8	12	4	5	—		—		—		—		1		2		1	2	2	1	19	25
IV.	1	2	8	12	4	5	—		—		—		—		1	2	2		1	2	2	1	19	26
V.	1		8	13	4	5	—		—		—		—		1	2	2		1	2	2	1	19	26
VI.	1		7	11	3	5	—		1		-	2	1		1	2	1	2	1	2	2	1	18	28
VII.	1		3	8	2	4	-	1	1	2	1	2	1	3	1	2	1	2	1	2	2	1	14	28
VIII.	1		3	8	2	3	-	1	1	3	1	3	1	3	1	2	1		1	2	2	1	14	28

B. Fortbildungsschule (Sommer und Winter).

Klasse	Religion		Deutsche Sprache		Französische Sprache		Rechnen		Geometr. Formenlehre	Geographie		Geschichte		Naturkunde		Zeichnen	Schreiben		Gesang		Turnen		Total	
	S.	W.	S.	W.	S.	W.	S.	W.	S. W.	S.	W.	S.	W.	S.	W.	S. W.	S.	W.	S.	W.	S.	W.	S.	W.
I.	1	2	5	6	4	5	4	3	—	1	2	1	2	2	1	2	1	2	1	2	2	1	24	28
II.	1	2	5	6	5		3		1	1	2	1	2	1	2	2	1		1	2	2	1	24	29
III.	1	2	5	6	5		3		1	1	2	1	2	1	2	2	1		1	2	2	1	24	29

Jeder Lehrer hat für seine Schule einen Sommer- und Winterstundenplan anzufertigen und im Schulzimmer anzuschlagen. Hiebei ist zu beachten, dass zwischen der Vor- und Nachmittagsschulzeit eine Zwischenpause von wenigstens $1^1/_2$ Stunden eintrete. Ebenso soll auf eine zweistündige Schulzeit eine Pause von 10 Minuten folgen, während welcher sich die Schüler ins Freie zu begeben haben und die Schullokale gelüftet werden sollen.

Die Turnstunden sollen, wenigstens im Sommer, auf das Ende eines Schulhalbtages verlegt werden.

In Anbetracht des Arbeitsschulunterrichtes können die Mädchen im Wintersemester in den vier obern Gemeindeschulklassen und in der Fortbildungsschule vom Turnen, sodann in den beiden obern Gemeinde- und Fortbildungsschulklassen von der geometrischen Formenlehre und endlich in der IV. Klasse der Gemeindeschule von einer Rechnungsstunde befreit werden.

III. Allgemeine Vorschriften.

In Beziehung auf den Unterricht im allgemeinen und in einzelnen Lehrfächern werden den Lehrern folgende Vorschriften zur Nachachtung empfohlen:

1. Schon vom ersten Schuljahre an soll auf die richtige Körperhaltung der Schüler strenge gehalten werden, namentlich bei allen schriftlichen Arbeiten.
2. Auf kurzsichtige Schüler ist bei Erklärungen an der Wandtafel oder an der Karte besondere Rücksicht zu nehmen.

3. Die Lehrer haben darauf zu dringen, dass die Schüler laut, deutlich und in ganzen Sätzen antworten. Sie selbst haben sich vor allem halben oder ganzen Vorsprechen zu hüten.
4. In den ersten vier Schulklassen muss die Schriftsprache eingeübt und in den folgenden Klassen als ausschliessliche Unterrichtssprache gebraucht werden.
5. Mit Beginn des III. Schuljahres (III. Klasse) soll für alle schriftlichen Arbeiten nur Papier zur Anwendung kommen.
6. Sämtlichen Memorirübungen hat eine Erklärung des betreffenden Stoffes vorauszugehen.
7. Beim Lesen ist nicht nur auf ein allgemeines Verständnis des Inhaltes zu dringen, sondern es sind auch die für die Bildungsstufe der Schüler ungewöhnlichen Ausdrücke und Satzformen zu erklären.

   Beim Vortrag des Auswendiggelernten ist bei allen Klassen auf sprachrichtigen Ausdruck und gute Betonung zu halten.
8. Bei allen schriftlichen Arbeiten ist auf Schön- und Rechtschreibung zu halten. Ebenso haben die Lehrer auf gute Ordnung, Reinlichkeit und gehörige Ausnützung der Hefte zu achten.
9. Mit Beziehung auf das Sprachfach wird gefordert:
   a. Für den sprachlichen Unterricht ist ein Arbeitsheft und ein Aufsatzheft zu führen. In letzteres sind vom vierten Schuljahre an die Aufsätze einzutragen.
   b. Die Aufsätze sind mit dem Datum der Anfertigung zu versehen, vom Lehrer mit roter Tinte zu korrigiren und bei der Jahresprüfung mit der ersten Korrektur und ohne weitere Reinschrift vorzulegen.
   c. Im Sommer und Winter soll je alle vierzehn Tage (in der Regel in der Schule) ein Aufsatz angefertigt und vom Lehrer ausserhalb der Schulstunden korrigirt und in Bezug auf Inhalt, Form und Schrift zensirt werden.
10. Im Rechnen ist ein exaktes und deutliches Schreiben der Ziffern und Zahlen von der untersten bis obersten Schulstufe stets im Auge zu behalten. Es ist besonderer Wert auf richtige Anordnung der einzelnen Rechnungsoperationen zu legen. Vom fünften Schuljahre an sind besondere Rechnungsreinhefte mit Musterbeispielen anzulegen.
11. Im Zeichnen ist neben der Präzision auch die Sauberkeit in der Ausführung zu beobachten. Es ist Klassenunterricht nach Vorzeichnungen des Lehrers an die Wandtafel und nach Wandtabellen zu erteilen.
12. Im Gesange soll die deutliche und schöne Aussprache des Textes besonders gepflegt werden.

Mit der Einführung vorstehender Lehrpläne wird der Lehrplan für die Gemeindeschulen vom 13. September 1876 und der Lehrplan für Fortbildungsschulen vom 23. April 1869, Abschnitt V und VI (§§ 39—74), ausser Kraft gesetzt.

---

11. 9. Règlement pour les inspecteurs des écoles primaires du canton de Neuchâtel. (Du 22 février 1890.) Art. 57 de la loi.

Art. 1er. L'inspection supérieure des écoles primaires appartient au département de l'Instruction publique.

Deux inspecteurs permanents sont attachés au département pour exercer plus spécialement cette inspection (art. 54 de la loi).

Art. 2. Les deux inspecteurs sont nommés pour trois ans par le Conseil d'Etat. Ils reçoivent un traitement fixe, plus une indemnité de déplacement. Les fonctions d'inspecteur sont incompatibles avec toute autre fonction salariée (art. 56 de la loi).

Art. 3. Le canton est divisé en deux circonscriptions scolaires placées chacune sous la surveillance d'un inspecteur.

La première circonscription comprend les districts de Neuchâtel, de Boudry et du Val-de-Travers; la seconde les districts du Val-de-Ruz, du Locle et de La Chaux-de-Fonds.

Chaque inspecteur doit résider dans sa circonscription.

Art. 4. Les inspecteurs sont en rapport direct avec les commissions scolaires et le corps enseignant primaire pour tout ce qui concerne la fréquentation des écoles et l'enseignement proprement dit. Ils visitent à époques indéterminées les écoles de leur circonscription; ils préavisent sur les améliorations reconnues nécessaires; ils transmettent au département de l'Instruction publiques les affaires qui échappent à leur compétence ou qui paraissent de nature à exiger soit des éclaircissements, soit une intervention effective de l'autorité supérieure; ils procèdent, lorsqu'ils le jugent convenable, à l'examen détaillé des classes et veillent d'une manière générale à ce que la loi et le règlement des écoles primaires soient observés.

Art. 5. Les inspecteurs dirigent les examens en obtention du certificat d'études primaires.

Ils assistent, autant que possible, aux examens de fin d'année des classes; ils ont le droit d'y interroger les élèves.

Ils assistent également aux examens de concours des candidats aux postes vacants; ils en arrêtent le programme de concert avec la commission scolaire et transmettent au département de l'Instruction publique leurs appréciations sur les résultats obtenus.

Art. 6. Les inspecteurs contrôlent les tableaux de leçons de chaque école de leur circonscription. Ils peuvent demander au département d'y apporter les modifications qu'ils jugent nécessaires.

Le département règle les conflits qui pourraient s'élever entre les inspecteurs et les commissions scolaires.

Art. 7. Ils contrôlent, de concert avec les commissions, les comptes de distribution des fournitures scolaires.

Ils veillent également au maintien en bon état des bibliothèques scolaires et à la mise à jour des registres qui concernent ces bibliothèques.

Art. 8. Les inspecteurs sont tenus de s'intéresser d'une manière toute particulière aux instituteurs et aux institutrices stagiaires et de les diriger dans tous les travaux qui peuvent leur faciliter l'obtention du brevet d'aptitude pédagogique.

Art. 9. Ils adressent chaque année au département un rapport général sur la marche des écoles de leur circonscription. Ils gardent à cet effet, copie des rapports, observations et remarques qu'ils ont expédiés pendant l'année aux commissions scolaires. Ces documents servent de base à l'élaboration de leur rapport général qui est annexé au rapport de gestion du département.

Art. 10. Les inspecteurs ont le droit de visiter les écoles privées qui ont accepté le contrôle des commissions scolaires.

Art. 11. Les inspecteurs se rendent aussi souvent qu'il leur est possible aux conférences de district du corps enseignant. Ils doivent assister aux conférences générales où ils suppléent le chef du département en qualité de vice-présidents du bureau.

Art. 12. Les inspecteurs prennent part avec voix consultative aux réunions de la commission cantonale consultative pour l'enseignement primaire. Toutefois, ils ne peuvent assister aux délibérations qui les visent personnellement.

Art. 13. Ils ont avec les commissions scolaires le droit de signaler au juge de paix les absences non-justifiées aux examens de classes, en vue de la pénalité prescrite à lart. 47 de la loi, et au Conseil d'Etat les cas d'insubordination ou d'immoralité qui pourraient entrainer la suspension ou la destitution du titulaire d'une classe.

Art. 14. Ils sont réunis une fois chaque mois en conférence au département pour y discuter les questions relatives à leur inspection et présenter leur rapport mensuel.

Art. 15. Ils soutiennent entre eux des relations suivies afin d'arriver de plus en plus à une marche régulière des écoles.

Ils peuvent être appelés par le département à se suppléer réciproquement.

Art. 16. Les inspecteurs doivent tout leur temps à leurs fonctions.

Ils ont droit à 4 semaines de vacances qu'ils prennent moyennant avis donné au département à l'époque générale des vacances d'été.

Art. 17. Le département fournit aux inspecteurs le matérial de bureau qui leur est nécessaire, copie de lettres (avec presse), registres, timbres, papier, etc.

---

12. 10. Aufsicht über den Turnunterricht an den Primarschulen des Kantons Solothurn. (Verordnung des Regierungsrates vom 12. August 1890.)

Art. 1. Für die spezielle Beaufsichtigung des Turnunterrichtes an den Primarschulen werden jeweilen mit den Primarschulinspektoren auf die Amtsdauer von zwei Jahren für jeden Bezirk ein oder zwei Fachmänner als Turninspektoren gewählt.

Art. 2. *a.* Diese Turninspektoren haben am Ende des Sommerschulhalbjahres an jeder Primarschule einzeln die Prüfung im Turnen abzunehmen und über das Resultat derselben dem Erziehungs-Departement Bericht zu erstatten.

b. Sie sollen darüber wachen:

1. Dass die Turnplätze und die obligatorischen Turngeräte in gehörigem Stand erhalten werden,
2. dass der Turnunterricht soweit möglich auf das ganze Jahr verteilt und dass an jeder Primarschule jährlich die vorgeschriebene Zahl Turnunterrichtsstunden erteilt wird,
3. dass nicht nur den Ordnungs- und Freiübungen, sondern auch dem Geräteturnen die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt wird.

c. Sie haben die vom Lehrer angewendete Lehrmethode zu beobachten und den erstern auf allfällige Fehler und Mängel aufmerksam zu machen.

d. Von allen den Turnunterricht betreffenden gesetzwidrigen Zuständen und Vorkommnissen haben sie das Erziehungs-Departement sofort in Kenntnis zu setzen.

Art. 3. Auf Antrag der Bezirksschulkommissionen wird das Erziehungs-Departement dort, wo es nötig erscheint, die Turninspektoren beauftragen, auch während des Jahres Turnstunden zu besuchen.

Art. 4. Für die Abnahme der Turnprüfungen und die den Inspektoren obliegenden weiteren Verpflichtungen (Art. 2), sowie für besondere Schulbesuche, welche im Auftrage des Erziehungs-Departementes gemacht worden sind (Art. 3), haben die Turninspektoren zu beanspruchen:

a. Für die Abnahme der Prüfungen und jeden im Auftrag des Erziehungs-Departements gemachten Schulbesuch in Gemeinden mit einer Schule Fr. 1. 50.

b. Für die Abnahme der Prüfungen und jeden im Auftrage des Erziehungs-Departements gemachten Schulbesuch in Gemeinden mit mehr als einer Schule für jede Schule Fr. 1.

Ausserdem werden vergütet:

a. Für Reisen mit der Eisenbahn die Auslage für ein Fahrbillet II. Klasse.

b. Für Reisen, bei welchen die Eisenbahn nicht benutzt werden kann, 10 Cts. per Kilometer.

Die Entfernungen sind nach dem vom Regierungsrat aufgestellten Anhang zum Distanzanzeiger des Kantons Solothurn vom Jahre 1885 nach der gewöhnlich befolgten Reiseroute zu berechnen.

Art. 5. Die Rechnungen der Turninspektoren sind alljährlich nach Schluss des Sommerschulhalbjahres dem Erziehungs-Departement einzureichen.

Diese Verordnung tritt sogleich in Kraft.

---

13. 11. Regulativ des Erziehungsrates des Kantons St. Gallen über die Verwendung der Staatsbeiträge für das Volksschulwesen. (Vom 2. Dezember 1890.) Genehmigt vom Regierungsrate den 23. Januar 1891. (Art. 6—8 der Verfassung.)

I. Staatsbeiträge für Primarschulen.

A. Für Äufnung der kleinern Schulfonds.

Art. 1. Zu diesem Zwecke sind $^2/_7$ bis $^3/_7$ des vom Grossen Rate für die Äufnung der Schulfonds und Deckung der Rechnungsdefizite bewilligten Kredites zu verwenden.

Art. 2. Auf einen Fondsbeitrag haben, so weit der Kredit ausreicht, Anspruch:

a. Schulgemeinden mit vollen, teilweisen oder geteilten Jahrschulen, ferner Halbtagsschulen und Dreivierteljahrsschulen, deren Fonds per Schule, bezw. per Lehrer, weniger als Fr. 20,000 beträgt;

b. Schulgemeinden mit Halbjahrsschulen, deren Fonds per Schule weniger als Fr. 15,000 beträgt,

und zwar in dem Sinne, dass die geringsten Fonds zuerst in Berücksichtigung fallen, die grössern, soweit der zur Verteilung gelangte Kredit hinreicht.

Für die Schulgemeinden unter lit. *a.* sind in der Regel $^4/_5$ desselben zu verwenden.

Art. 3. Jede der in Art. 2 genannten Schulgemeinden erhält Fr. 200 per Schule, jedoch nicht mehr als Fr. 600 im ganzen.

Diese Beiträge sind sofort dem Fonds einzuverleiben.

Art. 4. Die Schulgemeinden, welche solche Fondsbeiträge erhalten, haben ihrerseits im Verhältnis ihres Schulsteuerkapitals ebenfalls einen Äufnungsbeitrag an den Schulfonds zu leisten, sofern ihre Schulsteuer insgesamt 40 Cts. vom Hundert nicht übersteigt, und zwar nach folgender Abstufung:

Bei einem Steuerkapitale per Schule	bis auf		Fr. 200,000	50 %	des Staatsbeitrages
	von Fr. 200,000	bis	„ 300,000	75 %	
	„ „ 300,000	„	„ 500,000	100 %	

Bei einem höhern Steuerkapital als Fr. 500,000 per Schule, sowie an solche Gemeinden, welche nur 1 per mille oder weniger Schulsteuer zu leisten haben, erfolgt in der Regel kein Staatsbeitrag.

Art. 5. Die der Schulgemeinde überbundene Leistung kann auch teilweise oder ganz durch freiwillige Schenkung seitens der betreffenden Ortsgemeinde, einer Korporation oder einzelner Privaten abgetragen werden.

Art. 6. Die Schulgemeinden haben innerhalb zwei Monaten nach erhaltener Anzeige von der Zuteilung eines Staatsbeitrages darüber zu beschliessen, ob sie denselben unter Gegenleistung des ihnen zufallenden eigenen Fondsbeitrages annehmen wollen oder nicht.

Erklärt eine Schulgemeinde innerhalb dieser Frist die Annahme nicht, so wird über den ihr zugedachten Staatsbeitrag zu gunsten der nächstberechtigten Schulgemeinden verfügt. Beschliesst sie dagegen die Annahme, so bleibt dieser Beschluss so lange für sie verbindlich, als sie in der Reihe der durch Fondsbeiträge zu unterstützenden Schulgemeinden steht.

Art. 7. Über motivirt gestellte Begehren um Reduktion, bezw. Nachlass des von einer Schulgemeinde zu leistenden Fondsbeitrages entscheidet die Erziehungskommission. Es sollen indessen die zu unterstützenden Schulgemeinden nur ausnahmsweise und im Falle allzu starker anderweitiger Steuerbelastung ihrer Gegenleistung enthoben werden.

Wird dem bezüglichen Gesuch einer Schulgemeinde nicht entsprochen, so bleibt derselben der Verzicht auf den Staatsbeitrag festgestellt.

Art. 8. Schulgemeinden, welche die Fondsbeiträge (Art. 3) ohne zureichende Gründe ablehnen, haben keinen Anspruch auf Staatsunterstützung aus dem für Beiträge an die Jahresrechnung ausgesetzten Kredite.

Art. 9. Die Schulgemeinden sind verpflichtet, ihre Gegenleistung im gleichen Rechnungsjahr, in welchem sie den Staatsbeitrag empfangen, als Bestandteil des Fondes zu verrechnen, ohne deshalb einen Fondsmangel aufkommen zu lassen.

Die Bezirksschulräte haben sich bei der Prüfung der Schulrechnungen von der genauen Einhaltung dieser Vorschriften zu überzeugen.

B. Für die Rechnungsdefizite der Schulgemeinden.

Art. 10. Für Erleichterung der höchst besteuerten Schulgemeinden sind aus dem in Art. 1 genannten Kredite $^4/_7$ bis $^5/_7$ an die jährlichen Rechnungsdefizite derselben zu verwenden.

Art. 11. Bei Ermittlung dieser Defizite, bezw. der zu ihrer Deckung notwendigen Steuerquote, fallen sowohl diejenigen ausserordentlichen Ausgaben ausser Betracht, für welche (wie für Schulhausbauten, Fondsäufnung) der Staat bereits einen besondern Beitrag leistet, als auch diejenigen für Bildung von besondern Fonds, und es sind bloss die ordentlichen Ausgaben in Berechnung zu ziehen.

In den Jahresrechnungen der Schulgemeinden sind die ordentlichen und ausserordentlichen Ausgaben in diesem Sinne genau auseinander zu halten, und ist das für Deckung der letztern allfällig erforderliche Steuerbetreffnis besonders und pünktlich anzugeben.

Art. 12. Wenn die ordentlichen Rechnungsdefizite sämtlicher durch Schulsteuern stärker belasteten Schulgemeinden zusammengestellt sind, so ist je nach Massgabe des zur Verfügung gestellten Kredites festzusetzen, wie hoch sich die von den Schulgemeinden zu leistende, gleichmässige Schulsteuer (Normalsteuer) belaufen solle, bezw. wie hoch sich der Staatsbeitrag für die Defizite der einzelnen Schulgemeinden stelle.

Der Defizitbeitrag des Staates für eine Schulgemeinde darf Fr. 800 per Schule und Fr. 3400 im ganzen nicht übersteigen.

Von diesem Defizitbeitrag fallen in Abzug:

a. je 4 % vom Fondsmangel, von ungesetzlichen Kapitalanlagen und von Anleihen für laufende Bedürfnisse, sofern hiefür nicht höhere Bewilligung erteilt ist;

b. die Verwaltungskosten, sofern sie Fr. 50 per Schule übersteigen;

c. die Unkosten für Schulfestlichkeiten.

Dabei steht es im Ermessen der Behörde, ausnahmsweise auch solche Schulgemeinden, welche durch ausserordentliche Ausgaben besonders stark belastet sind, sowie solche, welche sich die Hebung ihres Schulwesens besonders angelegen sein lassen und die Schulfonds, abgesehen von den in Art. 4 genannten Gegenleistungen, durch freiwillige Dotationen äufnen, billig zu berücksichtigen.

Art. 13. Schulgemeinden, welche bis zum 1. Dezember der Oberbehörde ihre Jahresrechnung nicht, oder nicht in vorschriftsgemässer Form eingereicht haben oder in derselben ungerechtfertigte Ausgaben, übertriebene Spesen und Fondsmängel aufführen, ferner solche, welche den an sie ergangenen Aufforderungen für Verbesserung ihres Schulwesens, Pflege vernachlässigter obligatorischer Fächer, Verminderung und Ahndung der unentschuldigten Absenzen, Beschaffung der obligatorischen Lehrmittel, Einhaltung der gesetzlichen Schulzeit oder Vermehrung derselben keine Folge geleistet haben, sowie solche, welche die Weisungen der Erziehungsbehörden unbeachtet lassen und überhaupt ihr Schulwesen vernachlässigen, können für das betreffende Rechnungsjahr teilweise oder ganz von der Staatsunterstützung ausgeschlossen werden.

Ein gleiches gilt für solche kleine Schulkorporationen, welche wegen ihres geringen Steuerkapitales und unzureichender Schuldotation eine eigene Schule nur mittelst fortwährender Staatssubvention zu halten vermögen und der Einladung zum Anschluss an eine benachbarte, ihren Verhältnissen entsprechende Schulgenossenschaft behufs ihrer ökonomischen Erleichterung und der Verbesserung ihres Schulwesens beharrlichen, ungerechtfertigten Widerstand entgegensetzen.

Die Bezirksschulräte haben die in diesem Artikel genannten Ausschlussgründe ins Auge zu fassen und bei Anlass der Einsendung der Schulrechnungen sachbezügliche Anträge zu stellen.

Art. 14. Es steht im Ermessen der Behörde, den Staatsbeitrag an die Verbrauchskasse der Schulgemeinden ganz oder teilweise durch Zuwendung obligatorischer allgemeiner Lehrmittel (Schulwandkarte etc.) oder Lehrgeräte, so z. B. für das Turnen, zu verabreichen.

II. Staatsbeiträge für Realschulen.

Art. 15. Der vom Grossen Rate diesfalls bewilligte Kredit ist teils zur Äufnung neu gegründeter und schwächer dotirter öffentlicher Realschulen, teils zur Anstellung vermehrter Lehrkräfte und zur Minderung der Defizite überhaupt bestimmt und wird nur an solche Schulen verabreicht, welche von kantonsbürgerlichen Schülern höchstens Fr. 20 Schulgeld beziehen.

Neugegründete Realschulen erhalten einen ersten Fondsbeitrag von Fr. 2000.

Schulen mit einem Fonds bis auf Fr. 25,000 erhalten bei einem Hauptlehrer Fr. 700, bei mehreren Hauptlehrern bis auf Fr. 1500, und Schulen mit einem Fondsbestand von Fr. 25,000 bis Fr. 50,000 bei einem Hauptlehrer Fr. 500, bei mehreren bis auf Fr. 1000 Staatsbeitrag zur Fondsäufnung.

Ferner erhalten in ökonomisch ungünstigen Verhältnissen stehende Realschulen einen Beitrag bis höchstens Fr. 2500 an das Defizit der Jahresrechnung, wobei die Anstellung vermehrter Lehrkräfte berücksichtigt werden soll.

Der Gesamtbeitrag an Fonds und Defizit einer Realschule darf zusammen Fr. 4000 nicht übersteigen.

Ausnahmsweise kann die Verwendung der Fondsbeiträge bis zur Hälfte auf Erhöhung und Vermehrung der Lehrgehalte für einzelne Realschulen vom Erziehungsrate bewilligt werden.

Ein allfälliger Überschuss des verfügbaren Kredits ist solchen Realschulkorporationen zuzuwenden, welche sich durch besondere Leistungen hervortun.

Art. 16. Realschulkorporationen, die während der letzten drei Jahre zur Vermögensvermehrung selbst nichts Namhaftes beigetragen haben oder ihre Schulen in einem unbefriedigenden Zustand belassen, können je nach Umständen von der Staatsunterstützung teilweise oder gänzlich ausgeschlossen werden.

Art. 17. Bei Auflösung einer Realschule fallen sämtliche erhaltene Fondsbeiträge des Staates (ohne Zins) an den Staat zurück und sind, wenn innerhalb drei Jahren am gleichen Orte nicht eine neue Realschule gegründet wird, zur Fondsäufnung anderer Realschulen nach Art. 15 zu verwenden.

III. Staatsbeiträge für Fortbildungs- und Handfertigkeitsschulen und Schulgärten.

Art. 18. Auf die vom Grossen Rate diesfalls bewilligte Staatsunterstützung haben solche Fortbildungsschulen Anspruch, welche:

a. Auf gehöriger Organisation und auf Beschlüssen von Schul- oder Ortsgemeinden, Schulräten, Verwaltungsräten oder Vereinen beruhen und von diesen unterstützt und beaufsichtigt werden;

b. wöchentlich wenigstens vier Stunden (von den Gesangstunden abgesehen) und jährlich während wenigstens 20 Wochen Unterricht erteilen, und

c. am Schlusse des Kurses eine öffentliche Prüfung ablegen.

Art. 19. Der Staatsbeitrag bezieht sich auf das letztverflossene Schuljahr und soll, sofern dies der verfügbare Kredit gestattet, bei 80 Lehrstunden Fr. 50 und je für 10 fernere Lehrstunden weitere Fr. 10 betragen bis zu einem Maximum von Fr. 2500. Die obligatorischen Fortbildungsschulen sind jeweilen durch eine Zulage von Fr. 20 bis Fr. 100 zu begünstigen.

Art. 20. Fortbildungsschulen, welche bloss Schülern einer bestimmten Konfession offen stehen oder in bezug auf ihre Leitung ein besonderes konfessionelles Gepräge tragen, werden vom Staate nicht unterstützt.

Art. 21. In paritätischen Gemeinden sind jeweilen nur gemeinsame, aus dem Zusammenwirken der vorhandenen Schulräte auf dem Fusse voller Gleichberechtigung hervorgegangene Schulen zu unterstützen.

Weigern sich die Schulräte, zu diesem Zweck und in solcher Weise zusammenzuwirken, so tritt eine Staatsunterstützung nicht ein; weigert sich nur

die eine Schulbehörde, so wird die Staatsunterstützung derjenigen zu teil, welche sich zu diesem Zusammenwirken bereit erklärt hat, immerhin nur unter der Bedingung, dass ihre Schule den Schülern beider Konfessionen gleichmässig offen steht.

Art. 22. Die Behörden oder Vereine, welche eine Fortbildungsschule halten, haben jeweilen am Ende des Kurses, spätestens aber bis Ende April, dem betreffenden Bezirksschulratspräsidenten einen kurzen Bericht über den Bestand der Schule, die Dauer und den Umfang des Unterrichtes, die Lehrer, die Schülerzahl, die Absenzen und die ökonomischen Verhältnisse der Schule einzureichen.

Erhebliche Verspätungen der Berichtgabe ziehen den Verlust des Staatsbeitrages nach sich.

Die Bezirksschulräte haben sodann bis Mitte Mai dem Erziehungsdepartement auf Grund der Einzelberichte und unter Beilegung derselben einen summarischen Generalbericht über die Fortbildungsschulen ihres Amtskreises und ihre Beobachtungen über die Leistungen derselben einzusenden.

Art. 23. Gleichzeitig und in gleicher Art wie die Fortbildungsschulen werden auf befriedigende Ergebnisse und Berichtgabe die Handfertigkeitsschulen und die Schulgärten staatlich unterstützt.

IV. Staatsbeiträge bei Schulhausbauten.

Art. 24. Der zu diesem Zwecke ausgesetzte Kredit ist für die von der Erziehungsbehörde genehmigten Bauten und Hauptreparaturen von Primar- und Realschulhäusern, sowie für Schulbrunnen, Turneinrichtungen und Anschaffung von „St. Galler Schulbänken", eventuell von Schulbänken eines andern mindestens gleichwertigen Systems, zu verwenden. Anspruch auf diese Beiträge haben nebst den Realschulen nur solche Schulgemeinden, die 30 Cts. oder mehr vom Hundert steuern müssen.

Art. 25. Der Staatsbeitrag soll mindestens 2 und höchstens 25 Prozent der eigentlichen Baukosten mit Hinzurechnung der Erwerbung des Bauplatzes und unter Abzug des allfälligen Erlöses aus dem alten Schulhause betragen.

Bei Ermittlung des Beitrages fallen die Bereitwilligkeit der Schulgemeinden für Anhandnahme und Förderung des Baues, die Höhe des Steuerkapitals, die Länge der Tilgungsfrist, sowie die allseitige Beobachtung des Bauregulativs in besondere Berücksichtigung.

Art. 26. Die erste Hälfte der Staatsunterstützung ist zu entrichten, sobald das Gebäude unter Dach steht, die zweite, sobald die Schluss-, eventuell Nachkollaudation die Erfüllung aller erforderlichen Nachleistungen ausweist.

Art. 27. Vorstehendes Regulativ ersetzt dasjenige vom 17./20. Januar 1888*) und tritt sofort in Kraft.

---

14. 12. Reglement betreffend die unentgeltliche Abgabe der individuellen Lehrmittel und des übrigen Schulmaterials in der Primarschule der Stadt Zürich. (Erlass der Stadtschulpflege vom 23. Januar 1890.)

I. Austeilung. § 1. Bei Beginn des Schuljahres erhält jeder definitiv aufgenommene Schüler der Alltagschule die in der Klasse eingeführten Lehrmittel in neuen Exemplaren.

Lehrmittel, welche im Laufe des Kurses beschädigt werden oder verloren gehen, sind auf Kosten des betreffenden Schülers neu anzuschaffen.

Wegziehende haben die empfangenen Lehrmittel zurückzugeben. Diese werden mit dem Entlassungszeugnis an den Schulverwalter abgeliefert und soweit nötig ausgebessert.

Schüler, die auf Probe aufgenommen sind, erhalten bis zur definitiven Aufnahme, während des Kurses eintretende Schüler bis zum Schlusse des Schuljahres solche schon gebrauchte Lehrmittel, die der Klassenlehrer gegen Ausweis vom Schulverwalter zu beziehen hat.

*) Jahrbuch 1888, Beilage I, pag. 37.

§ 2. In der Ergänzungsschule werden die Lehrmittel gestempelt, in den Klassenzimmern aufbewahrt und während der Unterrichtszeit den Schülern zur Benutzung überlassen. Unter spezieller Kontrole des Lehrers können sie auch, soweit es notwendig erscheint, nach Hause mitgegeben werden.

§ 3. Die Schreib- und Zeichnungsmaterialien, sowie der Stoff für die weiblichen Arbeiten in der Mädchenprimarschule werden nach Bedarf ausgeteilt und sind auch den Wegziehenden zu belassen.

Zirkel liegen in genügender Zahl in den Sammlungen und unterliegt deren Benutzung dem Reglement über die Sammlungen.

Equerren, Lineale und Transporteure werden für die Klassen je nach Bedarf angeschafft und den Schülern während des Unterrichts zum Gebrauche überlassen.

II. Verwaltung. § 4. Die individuellen Lehrmittel, sowie die Schreib- und Zeichnungsmaterialien werden durch die Schulverwaltung angeschafft.

Das Material für die weiblichen Arbeiten besorgt die Quästorin der weiblichen Vorsteherschaft im Einverständnis mit der Schulverwaltung.

Alle Anschaffungen von Papier, Heften, Stoff für die weiblichen Arbeiten u. s. w. sollen, sei es nach Ausschreibung, sei es durch direkte Bestellung in den Fabriken, auf Muster hin gemacht werden. Nicht entsprechendes Material ist sofort zurükzuweisen.

Inländischem Fabrikat (Papier, Nähfaden u. dgl.) ist bei gleicher Güte der Vorzug zu geben.

Die Aufsicht über den gesamten bezüglichen Verkehr steht der Rechenkommission zu (G.-O. der Schulpflege, § 19, B).

§ 5. Je nach der Erneuerungswahl der Schulpflege wählt der vereinigte Primarkonvent für jedes Primarschulhaus einen Besorger auf die Amtsdauer von drei Jahren.

§ 6. Der Besorger vermittelt den Verkehr der Schulverwaltung, resp. der von dieser bezeichneten Lieferanten mit den einzelnen Klassenlehrern und führt Buch über denselben. Die Ablieferung der Lehrmittel, Schreib- und Zeichnungsmaterialien an die Klassenlehrer zu Handen der Schüler, resp. der Klassen (§ 2) geschieht auf Bestellung und gegen Quittung.

§ 7. Die Besorger reichen am Ende jedes Semesters ihre nach bestimmtem Schema gestellten Rechnungen, denen die Empfangsscheine der Klassenlehrer und die Rechnungen der bezeichneten Lieferanten als Belege beigefügt sind, der Schulverwaltung ein.

Die Prüfung und Genehmigung dieser Abrechnungen ist Sache der Rechenkommission.

§ 8. Am Schlusse des Schuljahres stellt die Schulverwaltung den gesamten Verkehr in Schulmaterialien in übersichtlichen Rechnungen zusammen. Letztere bilden Spezialbeilagen zu der Schulkassarechnung des betreffenden Jahres (§ 23 des Reglements für die Schulverwaltung).

Über das am Ende des Schuljahres in den Händen der Besorger befindliche Material ist ein genaues Inventar anzufertigen, das in den übersichtlichen Rechnungen der Schulverwaltung als Übertrag auf neue Rechnung aufgeführt wird.

§ 9. Die Besorger beziehen jeder jährlich Fr. 100 Entschädigung, welche in den übersichtlichen Rechnungen der Schulverwaltung in Ausgabe zu bringen sind.

§ 10. Gegenwärtiges Reglement tritt mit Beginn des Schuljahres 1890/91 für die Primarschule definitiv in Kraft.

---

15. 13. Provisorische Bestimmungen betreffend Errichtung von Spezialklassen für schwachbegabte Kinder. (Beschluss der Schulpflege der Stadt Zürich vom 28. November 1890.)

1. In die Spezialklassen sollen aufgenommen werden Schüler der Alltagsschule, die in Folge ihrer mangelhaften Begabung oder zurückgebliebenen Entwickelung dem Klassenunterricht nicht zu folgen vermögen.

2. Ausgeschlossen bleiben solche Kinder, die nach Untersuchung durch einen von der Schulpflege bezeichneten Arzt sich als schwachsinnig und für jeden Schulunterricht untauglich erweisen, sowie sittlich verwahrloste Kinder.

Ebenso sollen nicht aufgenommen werden Kinder, die das Lehrziel der dritten Klasse erreicht haben.

3. Die Aufnahme findet statt nach einjähriger Beobachtung in der allgemeinen Schule, früher nur auf besondern Wunsch der Eltern, jedoch nur dann, wenn ein Schüler vorher mindestens ein halbes Jahr die städtische Schule besucht hat.

4. Die Aufnahme ist Sache der Schulpflege. Sie findet statt auf Antrag des betreffenden Klassenlehrers, nach spezieller Prüfung durch die Sektion und auf das Gutachten des nach § 2 bezeichneten Arztes.

Sind die Eltern nicht einverstanden, so steht ihnen der Rekurs an die Oberbehörde offen.

5. Auf Antrag des betreffenden Lehrers (Lehrerin) und nach Einholung eines Gutachtens des bezeichneten Arztes kann bei gutem Erfolge ein Kind auf vierteljährige Probezeit in die allgemeine Schule zurückversetzt werden.

Die Rückversetzung ist von der Schulpflege zu genehmigen.

6. Die Schülerzahl einer Spezialklasse soll 25 nicht übersteigen.

7. Der Lehrplan soll, wenn auch mit Modifikationen, demjenigen der allgemeinen Schule möglichst angepasst werden.

Dabei ist auf Handarbeiten für Mädchen und Knaben, und insbesondere auf Turnen und Spiele in freier Luft Wert zu legen, so zwar, dass von höchstens 30 wöchentlichen Stunden 10 hierauf verwendet werden.

Knaben und Mädchen werden gemeinsam unterrichtet.

8. Die Lehrer oder Lehrerinnen der Spezialklassen sind in Rechten und Pflichten den übrigen Lehrern resp. Lehrerinnen der Stadt Zürich gleichgestellt.

II. Mädchen-Arbeitsschulen.

16. 1. Lehrplan für die Arbeitsschulen des Kantons St. Gallen.

I. Klasse (IV. Primarschuljahr).

Stricken. Erlernung der verschiedenen Maschen an einem Übungsstreifen — jeweilen eine Anzahl Gänge (oder Nadeln): 1. glatte Maschen, 2. krause Maschen, 3. abwechselnd glatte und krause Maschen, 4. eine Nadel glatte und eine Nadel krause Maschen, dazwischen ein Nähtchen, 5. das Rohrabnehmen, 6. die Ferse und das Abketten nach Schluss derselben.

Anwendung im Stricken eines Strumpfes nach der Regel.

Nähen. Erlernung der verschiedenen Stiche, Nähte und Säume an einem Übungsstück — Vorstich, Steppstich, Hinterstich, Überwindlingsstich, Saumstich, Wallnaht.

Vorgerücktere können etwa noch Hohlsäume erlernen. — Die richtige Körperhaltung und Bewegung der Arme und Finger ist zu beachten.

II. Klasse (V. Primarschuljahr).

Stricken. Fortsetzung des Strumpfstrickens nach der Regel. Erlernung einiger leichter Hohlmuster an einem Übungsstück, wenn die Zeit reicht.

Nähen. Weiterübung des Nähens durch Anfertigung eines kleinen Mädchenhemdes. Anleitung zum Zuschneiden desselben.

Zeichnen. Erlernung des Wäschezeichnens an einem Übungsstück auf uneingeteiltem Stramin: ein einfaches Alphabet und einfache Ziffern.

III. Klasse (VI. Primarschuljahr).

Stricken. Fortsetzung des Strickens: Anfertigung grösserer Strümpfe.

Nähen. Fortsetzung der Übung durch Anfertigung eines Frauenhemdes. Anleitung zum Zuschneiden desselben.